GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL ANNÉE JAHRGANG	VI.	DECEMBRIE DECEMBRE DEZEMBER	1928.	NUMĂRUL NUMÉRO NUMMER	12

Prima manifestare a Partidului Maghiar în noul Parlament.

— Declaraţia d-lui Bethlen la Mesaj. —

D-le preşedinte, d-lor deputaţi!

Luând cuvântul în numele Partidului Maghiar la discuţia asupra Mesajului, mă refer la voturile obţinute de partidul nostru în decursul alegerilor actuale şi pe baza aceasta am dreptul să vorbesc în numele maghiarimei întregi din România.

Îmi rezerv mie şi partidului nostru ocazia şi dreptul de a lua cuvântul la desbaterea parlamentară a diferitelor chestiuni şi proiecte de legi.

De astădată, cu privire la decursul accelerat al desbaterilor, mă mărginesc de a declara, că cerem şi aşteptăm dela legislaţie şi guvern — nu numai în interesul minorităţii maghiare, ci şi în interesul Statului — realizarea grabnică a doleanţelor noastre, cari s'au adunat în decursul celor zece ani trecuţi, realizarea hotărîrilor dela Alba-Iulia, cât şi a dispoziţiilor tratatului din Paris, cu un cuvânt: să ni se asigure drepturile, cari ni se cuvin.

De accea acceptarea răspunsului asupra Mesajului ar reprezinta o declaraţie de încredere politică. Declar, că nu sunt în stare de a-l primi.

Einiges über den Minderheitenblock.

Von **Dr. Elemér Jakabffy.**

Unmittelbar vor den Weihnachtsfesttagen gelangten zwei bedeutungsvolle minderheitspolitische Äusserungen vor die Öffentlichkeit. Die eine erschien in der No. 290 der „Keleti Újság" und gab der Meinung des schwäbischen Abgeordneten Franz Kreuter Ausdruck, die andere in der „Kronstädter Zeitung" No. 291 erschienen, machte uns mit den Gedanken des sächsischen Abgeordneten Hans Hedrich über die während den Wahlen befolgte Taktik der deutschen Partei bekannt.

Diese zwei Auffassungen sind einander ganz entgegengesetzt, nur das Ausklingen beider ist gleich, worin sich die Hoffnung äussert, wäre die Wahltaktik richtig oder verfehlt gewesen, so möge darum das zukünftige Zusammenwirken der Minderheiten Rumäniens nicht gehindert werden.

Nachdem die führenden Politiker der deutschen Partei ihre Auffassung der grossen Öffentlichkeit rückhaltlos kundtaten, meine ich, unsere deutschen Minderheitsbrüder würden es auch uns nicht verübeln, wenn wir das Tema ebenfalls vor der Öffentlichkeit mit der selben Aufrichtigkeit behandeln.

Vor Allem seien hier die Feststellungen des Abgeordneten Kreuter erwähnt:

1. Das höchste Ziel der Minderheitenführer müsse stets die Organisation selbständigen nationalen Widerstandes fähiger Gruppen sein. Also erstens Einigkeit, dann erst kann das Zusammenwirken auf verschiedene Weise erwogen werden.

2. Ein Block könne im Augenblick Zustandekommen, vorausgesetzt er besitzt gefühlsmässige Vorbedingungen.

3. Das Deutschtum hat durch sein Kartell mit der Regierung den übrigen Minderheiten einen Dienst erwiesen. Es war nicht vorauszusehen, welche Folgen jener Entschluss der Minderheiten gezeitigt hätte, wären sie in ein Kartell gedrängt in den Wahlkampf gezogen. Man konnte nicht voraussehen, ob die Demagogie der Agitationen nicht die Atmosphäre kompliziert hätte, die wir jetzt ohne Voreingenommenheit als eine für unseren Standpunkt im vollsten Masse befriedigende nennen können.

4. Maniu kündete uns das Schaffen eines Minderheitsgesetzes an. Solch ein Gesetz kann aber nur in der allerobjektivsten

Atmosphäre entstehen. Also hat unser Schritt dazu beigetragen, die politischen Leidenschaften abzuleiten und mit unserem Kartell haben wir den Weg zum gegenseitigen Einverständnis geebnet.

5. Das Deutschtum konnte erhobenen Hauptes mit jener Regierung zusammengehen, die auf der Basis der Karlsburger Punkte steht.

Hans Hedrich's Behauptungen sind folgende:

1. Noch zur Zeit des ungarischen Regimes gab es in der sächsischen Politik zweierlei Auffassungen. Die eine hielt es für richtig, wenn die sächsische Nation als Schicksalsminderheit sich der Staatsmacht anlehnend bestrebt ist, ihre Interessen zu wahren. Die andere Auffassung meint, das gemeinsame Vorgehen der Minderheitsnationen sei am besten geeignet, auch die sächsische Nation vor allen Entnationalisierungsbestrebungen zu schützen. Letztere Auffassung teilten zur Zeit des ungarischen Imperiums wenige der sächsischen Politiker. Und dennoch stellten sich heute dieselben, die diese Politik während der ungarischen Ära für richtig hielten, unter den veränderten Verhältnissen, da wir in jeder Hinsicht grösseren Gefahren gegenüberstehen, diese Auffassung fallen lassend, in den Dienst der alleropportunsten Politik, ohne die Nutzbarkeit ihrer Haltung in irdendwelcher Hinsicht zu sichern.

2. Den durch die reinen Wahlen gegebenen geschichtlichen Moment haben wir versäumt anderen Minderheiten des Landes in ihrem Fortkommen auf die Beine zu helfen, wodurch ein einheitlicher Schutzwall für die Zukunft geschaffen worden wäre. Den einheitlichen Minderheitsblock haben wir gesprengt, ohne die geringste Aussicht auf irgendein Plus-Resultat. Denn wir wissen, dass zufolge Maniu's Minderheitenpolitik die Rechte der Minderheiten im vorausbestimmten Masse — ungeachtet der parteipolitischen Haltung der Minderheiten — gesichert werden müssen.

3. Diejenigen, die die deutsche Minderheit jetzt zum Kartell brachten, können diesen Schritt nur mit der ofterwähnten „Atmosphären"-Theorie rechtfertigen. Wir können jedoch feststellen, dass die grosse Masse der siebenbürgischen Rumänen unser Wahlkartell — gelinde gesagt — nicht freundlich begrüsste. Uns betrachtete man als opportunistische Eindringlinge, die die Zufälligkeiten der Regierungspartei bei den Wahlen auch für das rumänische Volk gefährdeten. Die Gegenpartei

benützte dies auch mit der gewohnten Gewissenlosigkeit und setzt ihre Hetzen auch weiter fort.

4. Nicht genug, dass wir bei Bestimmung der Mandatanzahl nicht einmal das Mindestmass unserer berechtigten Forderungen erreicht haben, unter dem Druck der herrschenden Strömung hatte man uns noch entgegen den Bestimmungen des Wahlpaktes die demütigende Stelle des Letzten auf der Wahlliste zugewiesen. In Anbetracht dieser Tatsachen hat unsere Atmosphären-Theorie schon Schiffbruch gelitten, denn das rumänische Volk hätte die selbständige Liste der Minderheiten lieber gesehen und uns hätte diese grössere Ehre und politische Erfolge gesichert.

5. Wir können feststellen, mit dem Wahlkartell diesmal eine derart kurzsichtige Politik befolgt zu haben, welche gottlob in der Geschichte unserer Nation selten vorkommt.

*

Ich eile zu erklären, dass meine Auffassung genau die Hans Hedrich's deckt. Seinen Äusserungen füge ich also keine Worte bei, hingegen muss ich mit Franz Kreuter polemisieren. Seine erste Feststellung betrachte ich bedingungslos als goldene Wahrheit. Doch glaube ich, die deutsche Partei war nie weniger einig als eben jetzt und gerade wegen ihrer Wahltaktik. Hans Hedrich's Auffassung ist nicht alleinstehend und wenn Franz Kreuter sich unter den Schwaben umsieht, kann er dieselben Erfahrungen sammeln, die ich im Banat während der letzten Wochen sammelte.

Was denkt Abgeordneter Kreuter darüber: könnte das Deutschtum des Szörényer Komitates sich einmütig für ein Kartell begeistern, welches das Deutschtum in die Lage versetzte, auf eine Liste stimmen zu müssen, die den Namen keines einzigen Deutschen enthielt? Keines einzigen Deutschen, trotzdem laut Erhebungen der letzten rumänischen Statistik in diesem Komitat mehr als 25.000 Deutsche leben. Wie meint er „die Organisation zu selbstbewusstem nationalen Widerstand" am besten zu betreiben, indem er jeden Einzelnen vor das Dilemma stellt: soll ich der Weisung der Partei folgend auf eine rumänische Liste stimmen, deren Kandidate ich nicht einmal dem Namen nach kenne, oder auf jene Ungarn, die allgemein geachtet sind?

Ich glaube, nicht nur bei uns, sondern auch in Temes-

Torontal hat dieses Dilemma viele Schwaben nolens volens auf die ungarische Liste stimmen lassen. Und ich versichere den Herrn Abgeordneten, uns, die wir die Dinge von höherem Standpunkt betrachten, verschaffte diese Erscheinung keine solche Freude, als es jene schmerzen musste, deren Bestimmung die „Organisation zu selbstbewusstem nationalen Widerstand" ist.

Leider muss ich der zweiten These des Herrn abgeordneten eine sehr ernste, aber in gewissem Sinne betrübende Äusserung beifügen.

Der Herr Abgeordnete behauptet: wäre die gefühlsweise Grundbedingung vorhanden, so könne ein Block im Augenblick entstehen. Es ist nun die Frage, ob die Haltung der Schwaben und eines Bruchteils der Sachsen diese Gefühlsbedingungen fördert, womit binnen Augenblicken ein Block geschaffen werden kann?

Entgegen meiner Gewohnheit werde ich nun der Öffentlichkeit meine eigenen Gefühle dartun — ich werde subjektiv sein: Als im Vorjahr Graf Georg Bethlen unserem Präsidium mitteilte, das Wahlkartell könne mit der deutschen Partei nur in dem Falle zustandekommen, wenn wir ein sicheres ungarisches Mandat den Schwaben in die Hand spielen, hielt ich das Zustandekommen dieses Kartells als Bedingung des Minderheitenblocks für so wichtig, dass ich mich selbst zum Ausspielen dieses unschönen Stichblattes hergab und meine in Arad erreichte Volkstümlichkeit aufopferte, nur um dem höheren Zweck zu dienen.

Die Schwabenführer beabsichtigten, unser Übereinkommen sogleich bekanntzugeben, was, wenn es tatsächlich geschieht, Hans Beller schwerlich das Arader Mandat eingetragen hätte. Auf meine Bitte hin wurde dieses Übereinkommen vor der Wahl verheimlicht, die Schwabenführer aber verlangten von mir ein schriftliches Reversale, mein Wort zu halten und im Falle ich gewählt werde, mein Mandat abzutreten. Selbstverständlich habe ich diese schriftliche Verpflichtung sofort übergeben. Nach den Wahlen wurde vonseiten der Schwaben gleich veröffentlicht, ich habe zugunsten Hans Beller's abgedankt. Zu jener Zeit begegnete ich bei einem Freund dem gegenwärtigen brasilianischen Gesandten Caius Brediceanu, der mir vorwarf, ich verweigerte die Annahme eines Mandates nur darum, weil ich hier das

Prinzip des „Nem, nem, soha!" vertrete. Als das Parlament sich mit meinem Abdanken befasste, wies Brediceanu samt seinen Genossen dieser Auffassung zufolge die Annahme meines Abdankens zurück; unwillkürlich hatte sich die Mehrheit dieser Stimmungsäusserung angeschlossen, so dass der Präsident enunzierte, mein Abdanken sei nicht angenommen worden. Die Herren Josef Willer und Hans Otto Roth hatten einen schweren Stand, den Beschluss des Hauses abzuändern und dennoch Beller in die Kammer zu bringen.

Hegte die ungarische Partei oder ich nur einen Atom Illoyalität, so hätte ich trotz Reversale Abgeordneter bleiben können. Und während wir uns so verhielten, hetzte der Leiter des schwäbischen Gauamtes in Szatmár, Herr Winter-Hoffen offenkundig gegen Árpád Paál, den Kandidaten der ungarisch-deutschen Liste und trieb seine Anhänger ins Lager der Liberalen. Auch bot er Alles auf, um in Anerkennung seiner Verdienste, die Regierung zu einen schweren Rechtsverstoss zu bewegen: Anghelescu möge in den katholischen Schulen gegen den Willen der Schulenerhalter die Unterrichtssprache bestimmen.

Um die misslichen Szatmárer Zustände im Sinne der universellen Minderheitsidee zu ordnen, reiste ich nach Bukarest, beriet mich mit den berufenen Führern der deutschen Partei und ich glaube, ohne Indiskretion erklären zu können: auch in dieser Frage fand ich viel mehr Verständnis bei Jenen, die jetzt einen Minderheitenblock planten, als bei denen, die zum Kartell mit der Regierung drängten. Der Verdacht liegt mir fern, das Geltendmachen der Atmosphärentheorie sei wieder nur notwendig, um das Minenlegen eines Winter-Hoffen begünstigen zu können. Aber welcher Meinung ist Herr Abgeordneter Kreuter: begünstigt es das Entstehen der Gefühlsbedingungen eines Blockes bei den Szatmárer Volksmassen, wenn dort die sogenannten Schwäbisch-Ungarn wieder in zwei Lager geraten sind? Und wie denkt er über meine Gefühle nach meinem vorjährigen Benehmen, da ich jetzt erfahren muss, meine Arader Nationalbrüder nicht einem höheren, universellen Gesichtspunkt zuliebe irregeführt zu haben, sondern mein Mandat einer solchen Minderheit abgetreten zu haben, die jene Gesichtspunkte ausser Acht lässt, wenn sie damit wieder um ein Mandat mehr erreichen kann. Wer meine Lage überprüft, wird es

verzeihlich finden, dass ich so unangenehme Saiten klingen lasse.

Den dritten Punkt von Abgeordneten Kreuters Deklaration finde ich am befremdendsten. Die Behauptung, das Deutschtum hätte den übrigen Minderheiten einen Dienst erwiesen, als sie sich mit der Regierung zusammentrat, ist doch ein bischen gewagt. Ich vermute, der Herr Abgeordnete glaubt selbst nicht, Julius Maniu hätte Wahlen mit Urnendiebstahl und Bajonetten arrangiert, wenn wir was immer für einen Block gestellt hätten. Julius Maniu brauchte die reinen Wahlen viel notwendiger als z. B. wir. Wir bleiben vor den Augen Europas dieselben politischen Faktoren, die wir sind auch bei Wahlen mit Bajonett und Urnendiebstahl. Julius Maniu jedoch hätte sich lächerlich und unmöglich gemacht. Hätte Abgeordneter Kreuter behauptet, mit dem Entschluss des Deutschtums sei der ungarischen Minderheit ein Dienst erwiesen worden, könnte man dies von einem engeren Standpunkt aus als richtig annehmen. Doch dass den Ukrainern oder Bulgaren, also den Minderheiten damit gedient worden sei, das denke ich, glaubt keiner.

Wer die politische Struktur Rumäniens einigermassen kennt, wird wissen, dass in diesem tatsächlich polyglotten Staat so ansehnliche ukrainische und bulgarische Minderheiten leben, die zwar die Tirannei jeder Kulturfreiheit berauben kann, aber von unglaublich starkem nationalen Bewusstsein beseelt sind. Mit den Vertretern dieser Minderheiten trafen wir vergangenen Sommer in Genf zusammen. Sie haben gebeten, gefleht, wir sollten das gemeinsame Vorgehen sämtlicher Minderheiten Rumäniens ermöglichen, weil sie nur so eine bessere Zukunft erhoffen können. Als sie diesbezüglich bei Abgeordneten Brandsch sowie bei mir Entgegenkommen fanden, baten sie, unsere Vereinbarung niederzuschreiben, sie an der Plenarsitzung des Genfer Kongresses anzumelden, um auch hiemit den Ernst unseres Wollens zu bekräftigen.

Diese Schrift liegt vor mir; ich besehe mir die Unterschrift von Rudolf Brandsch neben der Feodor Toşef's, des bulgarischen Advokaten. Und den Text nochmals durchlesend, verstehe ich nur zu gut die jüngst von Bukarest kommende Nachricht, der bulgarische Vertreter habe erbittert über das vor den Wahlen beobachtete Betragen Brandsch' ihm ironisch zugerufen: „Auf Wiedersehen in Genf!"

Inwiefern die deutschen Nationalführer ihren gutgesinnten bulgarischen oder ukrainischen Kollegen durch ihren Entschluss geholfen haben, das zu verstehen gelingt mir nicht und ich glaube ihnen selbst ebensowenig.

Um wieviel mehr politischen Sinn bezeugt das Bekenntnis Hans Hedrich's: Wir haben eine durch die reinen Wahlen gegebene historische Gelegenheit verpasst, auch anderen Minderheiten des Landes — es ist in fortschreitender Entwicklung auf dieser Bahn von Millionen die Rede — auf die Füsse zu stellen, um dadurch eine einheitliche, mächtige, auf die Dauer allein wirksame Abwehrfront gegen uns gerichteter Unterdrückungsbestrebungen zu bilden.

Nichts leichter, als die Behauptung des Abgeordneten Kreuter zu widerlegen, man könne jetzt ohne Voreingenommenheit feststellen, die geschaffene Atmosphäre sei hinsichtlich der Minderheiten in vollstem Masse befriedigend. Bezieht sich diese Behauptung nur auf die Schwaben, so mag sie wieder richtig sein. Doch nicht nur dem Artikel Hans Hedrich's, auch den Worten vieler ebenso schwerwiegender Faktoren ist unzweifelhaft zu entnehmen, die sächsischen führenden Politiker finden die Atmosphäre nicht im vollsten Masse befriedigend. Und was sollen wir Ungarn sagen? Wir sahen vonseiten der Kandidaten, ja sogar aktiver Minister, die ärgste Demagogie. Und als die Reihe an die Bekleidung der parlamentarischen Ämter kam, verrieten die Äusserungen des Innenministers wieder alles eher, als befriedigende Atmosphäre.

Wäre nun die vierte Deklaration des Abgeordneten Kreuter, Minderheitsgesetze könnten nur in der objektivsten Atmosphäre zustandekommen, richtig, so müssten wir schon im vorhinein verzweifeln und alle Hoffnung auf das Zustandekommen eines Minderheitengesetzes verlieren Denn, nicht wahr umsonst wurde die Atmosphäre mit den Schwaben und einem Teil der Sachsen in vollstem Masse befriedigend, dies kann beim Verfassen eines universellen Minderheitsgesetzes nicht in Anbetracht kommen, wenn den anderen Minderheiten gegenüber die Atmosphäre eine so ganz andere ist.

Dass das Deutschtum diesen Pakt mit der Regierungspartei erhobenen Hauptes schliessen konnte, diesbezüglich vermag ich keine Meinung zu äussern, da dies eine allzu interne Sache ist.

Wenn aber das Deutschtum nur darum den Pakt mit der

nationalen Bauernpartei erhobenen Hauptes schloss, weil diese auf der Basis der Karlsburger Resolutionen fusst, so fürchte ich, wird sich dieses erhobene Haupt nur allzubald niederbeugen, wenn es gewahr wird, welch ungeheurer Unterschied zwischen *halten* und *erfüllen* besteht.

*

Gelegentlich meiner Reise im Wahlbezirk Háromszék, war ich in einer kleinen Stadt Zeuge einer ergreifenden Szene. Der dortige röm. katholische Priester hatte sich bei den vorjährigen Wahlen als Gegner der Ungarischen Partei, zur liberalen Partei bekannt. Er tat dies um seine Schule zu retten und legte jetzt vor der grossen Öffentlichkeit sein „mea culpa" ab. Ohne Beschönigung gestand er einzusehen, man müsse den höheren Gesichtspunkten die geringeren opfern, so nahe diese unserem Herzen liegen. Ich glaube, wenn Abgeordneter Kreuter und seine Genossen, die ihren Schritt mit der Regierungspartei zusammengehen zu wollen, vor aller Welt verantworten müssen, dasselbe vor diesen ihren Nationsgenossen täten, die die Mentalität eines Hans Hedrich vertreten, so leisteten sie ihrer Nationseinheit einen grossen Dienst und milderten auch unsere Erbitterung. Sie erwiesen dadurch auch jenen Faktoren, die universelle Standpunkte kleinen lokalen Interessen stets überzuordnen pflegen, einen grossen Dienst.

Die Tschecho-Slowakei und das Minderheitenproblem.

— Zur zehnten Jahreswende der Fünfvölkerrepublik. —

Von **Dr. G. A. Késmárki.**

(Schluss.)

IV.

„Was wir heute Rechtswissenschaft nennen, ist Scholastik der Rechtsbegriffe". Dieses Wort Spenglers[1] trifft ganz besonders für die Tschecho-Slowakei zu. Will Prof. *Weyr* die Unvereinbarkeit des Souveränitätsbegriffs mit völkerrechtlich geschütztem Minderheitenrecht darlegen, so ist ein zweiter hervorragender tschechischer Rechtslehrer, *A. Hobza* bemüht, den „juristischen"

[1] Untergang des Abendlandes II. S. 95.

Begriff der Minderheit aus der Welt zu schaffen. Und dies mit Hilfe einer verfänglich streng-logischen Beweisführung über den „Gleichheitssatz", ein Gedankenbau, der an die Glanzzeit der Scholastik erinnert.

Die erste Hauptthese des Prof. Hobza über den Gleichheitssatz lautet wie folgt: „Toute protection des minorités tend à atténuer les différences existant au point de vue juridique entre la majorité et la minorité, en d'autres termes elle tend au rapprochement de la situation juridique de la minorité et de celle de la majorité. La situation juridique de la majorité représente le maximum possible des droits de la minorité; ce maximum étant atteint à touts points de vue, c'est-à-dire tous les habitants et toutes les collectivités ayant des droits égaux, la minorité disparait juridiquement parce qu'il y a une égalité de droits qui exclût la possibilité d'un régime juridique minoritaire".[1] Der Paraphrase des Höchstmasses an Minderheitsrechten durch völlige *Gleichstellung* der Minderheit mit der Mehrheit darf man wohl beistimmen. Was mir aber bedenklich erscheint, ist das angebliche „Verschwinden" des juristischen Begriffs der Minderheit, sein Aufgehen in dem der Mehrheit. Die Gefahr liegt nahe, dass bei diesem rechtstheoretischen Manöver nicht der juristische Begriff der Minderheit, sondern diese *selbst* als soziologische Erscheinung auch mit Hilfe juristischer Formeln verschleiert wird.

Zum richtigen Verständnis dieser Gefahr muss man im Auge behalten, dass den Begriffen „Mehrheit" und „Minderheit" als wesentliches, ausschlaggebendes Merkmal der Begriff der *Verschiedenheit,* zumal in *subjektivem* Sinne, zugrunde liegt. Bevölkerungsteile, die *verschiedenen* Religionen angehören oder verschiedensprachig sind, geniessen nur dann eine „gleiche" Behandlung, wenn ihnen die Gleichheit eine Handhabe zur Wahrung ihrer Verschiedenartigkeit bietet. Hieraus folgt, dass der juristische Begriff der Minderheit als Bezeichnung des Verhältnisses zur Mehrheit auch dann beibehalten werden muss, wenn die Gleichstellung der beiden Bevölkerungsteile juristisch durchgeführt ist. Diese Gleichstellung enthält nämlich als *wesentliches* Begriffsmerkmal: die Verschiedenheit der zwei Gruppen, sowie das Recht der Minderheit, ihre Eigenart mit

[1] A. Hobza: Questions concernant les Religions Paris. 1925. (Rec. des Cours, Acad. de Droit Int. 1924/IV. p. 395.

den formalrechtlich gleichen Mitteln zu wahren wie die Mehrheit. Es handelt sich hier — wie *Mandelstam* treffend hervorhebt — nicht um Identität, vielmehr um Analogie der Mehrheits- und Minderheitsrechte.[1]

Für denselben Gedanken hat *Bruns* die folgende Formel geprägt: „Der Gleichheitssatz richtet an den Gesetzgeber den Befehl, nur gerechtes Recht zu setzen. Er verbietet nicht Differenzierungen überhaupt, sondern ungerechte Differenzierungen. Die ganze Technik des Rechts wirkt sich darin aus, an verschiedene Tatbestände verschiedene Rechtsfolgen zu knüpfen".[2] In unserer Gedankenreihe dürfen wir wohl die grundsätzliche Feststellung des *Dr. Bruns* dahin auslegen, dass der Gleichheitssatz die Differenzierung geradezu zwangläufig erfordert, wenn man diesem Satz eben nur durch solche Differenzierung restlos zu genügen vermag.

Diese Erwägungen vorausschickend wollen wir nun das weitere Glied in der Gedankenkette *Hobzas* auf seine Richtigkeit prüfen: „Supposons un Etat qui a introduit le système des écoles publiques, en interdisant la création d'écoles privées confessionnelles. Une minorité confessionnelle ne pourrait pas réclamer la liberté de créer ses propres écoles confessionnelles sur la base de la protection des minorités garantie par le droit international, qui a reconnu aux minorités comme nous le lisons dans les traités de 1919—20 „le droit égal" à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, des écoles, etc. Donc, si la majorité n'a pas le droit de créer des écoles privées confessionnelles, la minorité ne pourra non plus invoquer ce droit".[3] Hobza stellt hier dieselbe Behauptung in allgemein grundsätzlicher Fassung auf, die vom Verfassungsausschuss der Prager Nationalversammlung, anknüpfend an § 120 der Verfassungsurkunde in nachstehende Bemerkung verdichtet wurde: „Der erste Absatz des § 120 lautete: „Jeder

[1] Dans un certain nombre de cas, l'égalité accordée aux membres des minorités se manifeste non par l'octroi des droits identique à ceux de ta majorité, mais par la concession de droits analogues — tel le droit de professer une religion ou celui de se servir d'une langue, distincte de celle de la majorité. — Mandelstam: Protection des minorités. Paris, 1925. (Recouil des Cours Ac. d. Droit Int. 1923) p. 418.

[2] Carl Georg Bruns: Minderheitenrecht als Völkerrecht. Zeitschrift für Völkerrecht 1928. Erg. Heft 2. S. 21.

[3] A Hobza: a. a. O. S. 396.

Bürger der tschechoslowakischen Republik hat innerhalb der Grenzen der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften das Recht, Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu errichten und in ihnen Unterricht zu erteilen". Hiedurch wäre allerdings die Errichtung von Privat- insbesondere Konfessionsschulen verfassungsgemäss gewährleistet gewesen. Nach der jetzigen Fassung ist dies nicht so. Der Staat hat unbedingte Freiheit, das Schulwesen so einzurichten, wie er es für zweckmässig erachtet".[1] Dies bedeutet, dass nach der tschecho-slowakischen Verfassung der Staat verfassungsgemäss vorgeht, wenn er die Konfessionsschulen völlig abschafft.

Bei den auch auf ersten Blick als Minderheiten erkennbaren Protestanten in der Tschecho-Slowakei liegt die Sache verhältnismässig einfach. Verwickelter, — aber vielleicht gerade darum aufschlussreicher ist der Fall der Katholiken. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gehört der römisch-katholischen Kirche an.[2] Völkisch spaltet sich aber die katholische Kirche in mehrere Gruppen: Tschechen, Slowaken, Deutsche und Magyaren. Rund $^4/_5$ der Slowaken, ein beträchtlicher Teil der Deutschen und mehr als die Hälfte der Magyaren in der Slowakei ist katholisch. Die Frage der Konfessionsschule interessiert sie nicht nur als kirchliche, sondern in gleichem Masse auch als völkisch-kulturelle Frage. Was namentlich das Verhältnis zwischen katholischen Tschechen und Slowaken betrifft, sind letztere zweifellos eine „doppelte" Minderheit, oder ganz genau gesprochen: ein Teil einer *kirchlichen* Mehrheit, der einer *sprachlichen* Minderheit angehört und in dieser seiner letzteren Eigenschaft durch seine kulturellen Einrichtungen namentlich auch

[1] Epstein: Verfassungsgesetze S. 201. f. Der in Rechtskraft erwachsene Text § 120, Abs. 1. der V. U. lautet, wie folgt „Private Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu errichten, ist bloss innerhalb der Grenzen der Gesetze gestattet".

[2] Hiebei beachtenswert die Bemerkung Hobzas: En Tchécoslovaquie, c'est la religion catholique qui est en majorité, mais à coté d'elle, il y a un grand nombre d'autres confessions organisées librement et égales devant le droit; de plus, il y a environ 800.000 personnes sans confession. Mais la seule statistique ne suffit pas pour expliquer la situation des confessions dans ce pays. Il est vrai que la majorité de la population Catholique au particulier des intellectuels, n'a plus de conviction religieuse et ne partage pas les opinions et les prétentions politiques de l'Église catholique. Vgl. auch Massaryk: a. a. O. S. 537.

durch die Schulen der Tschechisierung wie auch dem Umsichgreifen der von der tschechischen Intelligenz hochgezüchteten Gleichgültigkeit auf religiösem Gebiet vorbeugen will. Die Abschaffung der Konfessionsschule ist daher für die katholischen Slowaken in religiöser wie in völkischer Hinsicht eine Gefahr, die abzuwenden auch mit den völkerrechtlichen Schutzklauseln der Minderheitsverträge anzustreben wäre.

Professor *Hobza* wird sich, als Vollbluttscheche gewiss dagegen verwahren, dass ich die Slowaken schon im ersten Abschnitt dieser kleinen Skizze „nationalpolitisch" als Minderheit bezeichne. Ich erlaube mir, als *juristischen* Beleg dieser Feststellung Art. 9, 1 Abs. des Minderheitsschutzvertrages anzurufen, wo ausdrücklich „Tschechen" (sic) „Nicht-Tschechen" gegenübergestellt werden, ebenso die «*tschechische*» (sic!) Sprache den übrigen, also auch der — slowakischen. Hier vermag wieder nur der famose Souveränitätsbegriff auszuhelfen! — Diesen für seine These über die Abschaffungsmöglichkeit der KonfessionSschulen heranzuziehen, hat *Hobza* auch nicht verabsäumt. „La minorité, elle aussi, est subordonnée à la souveraineté de l'État; elle doit respecter l'ordre juridique de l'État et ne peut faire valoir ses droits que sur la base de cet ordre juridique... Il faut soutenir le principe de la souveraineté des États, tout en la limitant selon les exigences de la vie internationale par des normes juridiques communes. Mais une limitation de la souveraineté de certains États, pour des raisons spéciales, ne devrait pas être admise sans la nécessité la plus urgente".

Diese „äusserst dringende Notwendigkeit" ist allerdings ein äusserst dehnbarer Begriff mit einem recht geringen minderheitsrechtlichen Sicherheitskoeffizienten.

Ich würde daher die nähere Untersuchung dessen anempfehlen, welche politische und theoretische Bedeutung dem Ausdruck „lois fondamentales", Minderheitsvertrag Art. 1., beizumessen ist. Der Clemenceaubrief an den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski enthält in diesem Zusammenhange folgende — meiner Ansicht bis jetzt noch nicht vollausgewertete — Stelle: „De là vient donc pour ces puissances l'obligation, à laquelle elles ne sauraient se soustraire, d'assurer dans la forme la plus durable et la plus solennelle les garanties de certains droits essentiels qui donneront aux habitants une protection né-

cessaire, qui soient les changements qui puissent se produire dans la constitution intérieure de l'État polonais».[1]

Der Politiker bezeichnet also die als „lois fondamentales" erklärten Minderheitsschutzklauseln als unabhängig von den Änderungen in der Verfassung. Diese politische „Unabhängigkeit" bedeutet juristisch die Ausnahme dieser Klauseln von den Möglichkeiten der *einseitigen* Abänderung in der Verfassung. Dies klar und unzweideutig ausgesprochen zu haben, ist das Verdienst des russischen Völkerrechtslehrers *Mandelstam.* „Declarées *lois fondamentales* des Etats, les stipulations sur les minorités ont un trait qui les distingue de toutes les autres lois fondamentales de ces États car ces lois constitutionnelles non seulement ne sont pas *souples* dans ce sens qu'elles ne peuvent être abolies ou modifiés par la voie legislative ordinaire, comme c'est le cas en Angleterre. Elles ne sauraient même être abrogées ou remaniés par les voies législatives spéciales, préscrites pour la revision des constitutions dites *rigides,* dans les pays comme la France ou les États-Unis. Les lois fondamentales créées par les traités ou par les déclarations faites devant la Société des Nations sont *plus que rigides.* Elles sont *intangibles* pour les législations intérieures et, en général, pour tous les pouvoirs nationaux. Ce sont des constitutions internationales".[2]

Franz *Adler*[3] bemerkt von demselben Standpunkte aus richtig, dass selbst „die Aufnahme der betreffenden Bestimmungen (2—8) des Vertrages in die Verfassung auch ohne jede Änderung des Wortlautes... genau genommen keine restlose Erfüllung der in Art. 1. übernommenen Verpflichtungen wäre, denn der Vertrag verlangt, dass die Minderheitsschutzbestimmungen *allen* Gesetzen also auch den Verfassungsgesetzen vorgehen sollen".

Für die ausgesprochenen Anhänger des Primats des Völkerrechtes[4] ist diese These ohne weiteres selbstverständlich. Aber auch für diejenigen, die den staatsrechtlichen Souveränitäts-

[1] Krause: Das Recht der Minderheiten Berlin 1927. S. 46.

[2] Mahdelstam: Protection des Minorités Paris 1925. p. 448.

[3] Fr. *Adler*: Die Grundgedanken der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde. Berlin 1927. S. 35.

[4] Vgl. die zusammenfassende kritische Übersicht der neuesten Theorien (namentlich über die Lehre der „Wahlmöglichkeit" [Kelsen) und die Auffassung von Verdross) bei: *Kunz*: Zur Hypothesis vom Primat des Völkerrechts. Revue de Droit International d. Sc. D. et P. 1927. S. 1—15.

begriff nicht fallen lassen, ist sie annehmbar, wenn nicht anders so mittels der Formel der „Selbstverpflichtung" des Staates, ein Begriff, in welchen sich die Zweiseitigkeit der Auflösung eines völkerrechtlichen Vertrages leicht einfügen lässt. Auf diesen *zweiseitigen* Charakter zwischenstaatlicher Vereinbarungen weist Iwan *Zolger* hin, indem er feststellt dass der jugoslawische Staat, die „für das Königreich (SHS.) verbindlichen Völkerrechtsnormen... weder durch einfaches noch durch Verfassungsgesetz *einseitig* abändern, aufheben oder beseitigen kann." Als Beispiel führt *Zolger* gerade Art 1 des Minderheitsschutzvertrags an.[1]

Es ist vielleicht nicht ganz ohne Interesse zu wissen, dass Prof. Iwan *Zolger,* an der Seite des ehemaligen Ministerpräsidenten *Pasics,* der zweite Beauftragte des Königreichs SHS. bei der Unterzeichnung des Minderheitsschutzvertrags war. Im Königreich SHS. gibt es wenigstens Theoretiker, welche die unanfechtbare Rechtskraft der Minderheitsschutzverträge anerkennen. Womit ich durchaus nicht behaupten will, dass sich grossserbische Politiker nicht auch zur starren Souveränitätstheorie und zum mechanischen Gleichheitssatz der tschechischen Rechtslehrer wie *Weyr* und *Hobza* es sind, bekennen. Die gleichen „Bildungschancen" von Mehrheit und „Minderheiten" vermissen wir hier wie dort. Wo aber die gleichen Bildungsmöglichkeiten die der völkischen Eigenart der Minderheiten Rechnung tragen, nicht verbürgt sind, dort ist der Gleichheitssatz im wahren minderheitsrechtlichen Sinne nicht verwirklicht.[2]

V.

Und nun noch einige zusammenfassende und ergänzende Schlussbetrachtungen.

Hervorragende tschechische Rechtslehrer vom wissenschaftlichen Range eines F. *Weyr* und A. *Hobza* stellen ihr reiches theoretisches Rüstzeug in den Dienst des tschechischen Nationalstaatsgedankens, mit anderen Worten: sie vertreten den Standpunkt der rechtlichen Verneinung einer Tatsache, die mich veranlasst hat die Tschecho-Slowakei als Fünfvölkerrepublik zu bezeichnen. Professor *Weyr* bekämpft diese Tatsache mit an-

[1] Zolger, Iwan: Die Verfassung Jugoslawiens. Jahrbuch d. öffentl. Rechts Bd. XI. S. 129.

[2] Vgl. C. G. Bruns. a. a. O. 37.

erkennenswert folgerichtiger Offenheit. Auf seinem wissenschaftlichen Schilde prangt der eines absolutistischen Nationalstaates würdige Begriff der Souveränität, die mit völkerrechtlich vereinbartem Minderheitenschutz nichts gemein haben will.

Professor *Hobza* ist nicht nur Gelehrter, er ist auch Diplomat, daher die Widersprüche, die sich in seinen feingeschliffenen dialektischen Gedankenbau einschleichen. Er spricht vom Verschwinden des juristischen Begriffs der Minderheit, bemerkt aber, man müsse von der Minorität in juristischem Sinne (1.) die Minderheiten im politischen (2.) und im statistischen Sinne (3.) unterscheiden. Er hält es für logisch, dass die Minderheit im juristischen Sinne verschwinden kann, dass sie aber dessen ungeachtet im politischen oder statistischen Sinne weiter besteht.[1]

Uns aber will scheinen, dass gerade aus dem Weiterbestehen einer Minorität im politischen Sinne auch nach ihrer Abschaffung mit mechanischen rechtstechnischen Mitteln am besten hervorgeht, dass die zur Anwendung gebrachten juristischen Künste nicht geeignet waren, die Minderheiten mit der Mehrheit *tatsächlich* auf gleichen Fuss zu stellen, vielmehr dem politischen Widerstand der juristisch „verschwundenen" Minderheit neue Nahrung zugeführt haben.

Der mechanische Gleichheitssatz, dem als gleich gilt, was — als lebendige Wirklichkeit — ungleich ist, der also für die Lösung des Minderheitenproblems wenig taugt, hat auch in die „definitive" Verfassung der Tschecho-Slowakei (29. Feber 1920) Eingang gefunden. Nebst dem in „die Grenzen der allgemeinen Gesetze" verkleideten starren Souveränitätsbegriff steht

[1] „. . . il faut distinguer: 1^0 la minorité dans le sens politique; 2^0 la minorité dans le sens statistique; 3^0 la minorité dans le sens juridique, qui seule nous occupe ici: cette distinction s'impose dans l'intèrét d'une plus grande précision. Une minorité dans le sens" juridique suppose un double régime juridique: majoritaire et minoritaire. Dans le cas où ce double régime est remplacé par un régime unitaire, sur la base d'égalité parfaite dans toutes les questions, la minorité disparait juridiquement, bien qu'elle puisse subsister éventuellement comme minorité statistique ou politique; cela semble logique. — Ces points précisés voici ce qu'il faut en déduire comme règles générales: Aucune minorité ne doit avoir plus de droits que la majorité. — Aucune minorité ne peut réclamer des droits qui n'appartiennent mème pas à la majorité. L'État n'est pas obligé de donner à la minorité des droits qu'il n'a pas donnés à la majorité". Hobza: a. a. O. S. 395 — 396.

vor allem dieser Gleichheitssatz dem Zusammenwirken der Minderheiten mit der Mehrheit im neuen Staatsgebilde im Wege. Die definitive Verfassung der Fünfvölkerrepublik wurde von der Prager Nationalversammlung in einem Zeitpunkt geschaffen, als schwerwiegende aussenpolitische und völkerrechtliche Probleme, aber auch staatsrechtlich grundlegende Fragen des Staatsgebiets noch nicht bereinigt waren. Der tschechische Rechtsgelehrte *Hoetzel* versucht diese Tatsache, wie folgt zu beschönigen: „L'Assemblée Nationale de la République tchécoslovaque, issue de la révolution, a voté la constitution *définitive* du pays (lois du 29 février 1920). La constitution *n'a pu être élaborée avec l'aide parlementaire de nos ressortissants allemands et magyars,* les frontières de la République tchécoslovaque *n'étant* même *pas encore définitivement fixées, dans toutes leurs parties.»*[1] Es wurde also im Jahre 1920 etwas *«endgültiges»* geschaffen, als in der Tschecho-Slowakei noch vieles nicht endgültig war!

Aber auch die zehnte Jahreswende der Fünfvölkerrepublik findet dort vieles vor, was unfertig is, woran zu ändern wäre, vor allem im Interesse des *«naturgegebenen»* Zusammenwirkens der fünf Völker. Von einem *solchen* Zusammenwirken im Sinne eines tschechischen Nationalstaates kann allerdings niemals die Rede sein, nur von naturgegebenen *Gegensätzen.* Diese zu mildern, ein leidliches Zusammenwirken fünf verschiedener Völker herbeizuführen, vermag der *tschechische Nationalstaatsgedanke* auf keinem Fall! Wohl aber den Zerfall der — Tschecho-Slowakei!

[1] Hoetzel: La constitution de la République Tschécoslovaque 1920. p. 5. Aufrichtiger, doch voll von Widersprüchen *Weyr*: Der Tschechoslowakische Staat. Jahrb. des Öffentl. Rechts. Bd. XI. S. 352 f. Beachtenswert der Satz, dass „die erste, revolutionäre Nationalversammlung ausschliesslich von *tschechischen* (sic!) politischen Parteien beschickt war." (ebendort.) Über den *Oktroy*-Charakter der Verfassung vgl. Rauchberg: Bürgerkunde (1925.) S. 63 f. und Fr. *Adler* a. a. O. S. 10 f.

Viaţa şi organizaţia bisericii şi şcolii româneşti din Transilvania şi Ungaria sub dominaţia ungară.

— Date culese din sursele româneşti. —

(Urmare III.)

11. *Învăţământul secundar.* (Pag. 134—136).

Învăţământul secundar (de fapt se zice „şcoli medii") are în Ungaria o vechime de peste 300 ani. Şi acest ram al învăţământului a fost cultivat, la început, timp îndelungat de diferitele biserici.

Legea 1883. XXXI. stabileşte un plan de învăţământ unitar; impune predarea limbei maghiare în toate liceele confesionale şi predarea istoriei literaturei maghiare în clasa VII—VIII. în limba maghiară; întroduce în acestea inspecţia prin organele statului şi calificarea tuturor profesorilor din partea statului şi pune în vederea susţinătorilor de şcoale ajutorul statului, cu anumite condiţii.

Conform acestei legi şcolile secundare se aduc în trei feluri de raporturi faţă de Stat, aşa că avem trei feluri de şcoli:

1. Şcoli secundare la dispoziţia statului. Acestea sunt: a) şcolile înfiinţate şi susţinute de Stat şi b) şcoli înfiinţate de confesiunea romano-catolică şi susţiute de fondul de studii ungar. „Fondul de studii" a fost înfiiuţat la 1773, prin confiscarea averii iesuiţilor. La 1895 acest fond la care s'au adăugat şi alte donaţii, era de 40 de milioane coroane.

2. Şcoli sub conducerea Statului. Acestea sunt: şcolile comunale, particulare, fundaţionale, romano-calolice (afară de cele susţinute de „Fondul de Studii ungar" şi de Statul catolic ardelean) şi greco-catolice.

Aceste şcoli se deosebesc de cele de sub No. 1 prin faptul că susţinătorii de şcoală dispun însuşi de dreptul de a numi pe profesori, de a ridica localuri de şcoală etc., cu rezerva aprobării ministeriale. Disciplinarea profesorilor dela liceele confesionale o au consistoriile, în celelalte ministerul.

3. Şcolile autonome, ale Românilor gr. orientali, ale Saşilor, ale Statului catolic ardelean şi ale reformaţilor. Cu toată autonomia lor, Statul are şi în aceste şcoli dreptul de control asupra întregei activităţi pe care ele o desfăşură.

a) *Gimnaziile (liceele).* (Pag. 136—148).

În ce priveşte limba de predare în liceele româneşti — Beiuş, Blaj, conf. gr. cat.; Braşov gr. or., Năsăud, fundaţional şi Brad (gimnaziu gr. or.) — limba de predare e cea românească. Excepţie formează liceul din Beiuş, unde în cursul superior, limba de predare e cea ungurească pentru toate materiile, afară de religie şi l. română. Şi în cursul inferior se propune ungureşte istoria şi geografia. Şi la Năsăud se propun în limba maghiară studiile suplinitoare de limba greacă.

În liceele de stat limba de propunere e cea ungurească, în multe din liceele din teritoriul locuit de Români se predă în mod facultativ şi limba română.

Religia se predă româneşte, prin cateheţi numiţi de consistorii. În liceele de stat ei capată remuneraţie de 140 cor. pe oră, dacă sunt în posturi sistematizate, altfel 100 cor.

În ceeace priveşte instituirea profesorilor, la gimnaziile din Braşov şi Brad îi alege reprezentanţa (eforia) şcoalelor şi-i întăreşte consistorul; la liceele gr. cat. îi aleg consistoriile, iar la Năsăud îi numeşte ministrul, la recomandarea comitetului fondului grăniţăresc, care susţine liceul. În celelalte şcoli confesionale pe profesori îi aleg consistoriile, iar pe cei dela liceele de stat îi numeşte ministrul.

La toate liceele româneşti dă şi Statul întregire de salar. Aşa d. e. pentru profesorii din Braşov, Statul dă 20.000 cor., pentru cei din Blaj 16.090 cor.

(Pentru liceele româneşti dela Beiuş, Blaj, Braşov, Brad, Năsăud — 426.860 cor. (Vezi pag. 80).

Profesorii dela liceele româneşti sunt înscrişi în fondul de penzii al Statului. Anii de serviciu 30.

Profesorii dela liceele ungureşti din ţară au o reuniune a lor, care ţine congrese anuale. Au şi reviste de specialitate etc. Profesorii români n'au o reuniune a lor. În timpul din urmă ei s'au grupat în cadrul „Secţiei şcolare a Asociaţiei pentru literatura română şi cultura poporului român" din Sibiiu.

Pentru funcţionarea normală a şcoalelor secundare, Ungaria e împărţită în 12 circumscripţii şcolare, în fruntea cărora stă un prodirector, sau director suprem, numit cu decret regal, în mod definitiv.

Pentru ca sfera de competenţă a prodirectorilor să se poată vedea mai bine, reproducem aici, din Anuarul gimnaziului gr. cat. din Beiuş pe anul 1913—14, următoarele acte şi hotărîri ale prodirectorului, privitoare la acest liceu:

8 Iulie. Nr. 1671. A luat la cunoştinţă protocolul conferinţei profesorale de închidere, cu observarea că acum nu sunt aşa mulţi în secunde, ca între an.

14 Iulie. Nr. 1788. Retrimite matricola maturităţii 1912—1913, aflată în ordine.

6 August. Nr. 2016. Crainic Stefan a primit concediu să coreagă din limba maghiară de pe cl. VI. încă în 15—20 Aug., ca să poată fi primit la finea lui August la apotecă, căci din 1 Sept. 1913, se vor recere 8 clase gimnaziale. (125.421—1913).

11 August. Nr. 2072. Alexiu Olar poate pune examen corector de maturitate din limba română în gimn. rom. cat. de Nagyvárad (124.899—1913).

15 Sept. Nr. 2404. Pentru biletele de tren de acum înainte se poate recurge din 1 Oct.— 31 Dec.

5. Oct Nr. 2818. Dolga Floria poate pune examen de emendare din cl. VII. Adecă tinărul, care a pus examen privat sau supletor în August şi a obţinut din unul, sau două studii nesuficient, numai Înaltul Minister poate să conceadă coregerea. (150.277—1913).

23 Dec. Nr. 3600. Vizitatorul ministerial pentru limba maghiară la gimnaziul de Beiuş pe anul şcolar curent 1913/1914 va fi Magn. domn Dr. Négyesy László, profesor universitar în Budapest. A şi fost foarte mulţumit (4990 — 1913).

24 Ian. 1914. Nr. 178. Să se deie opiniune până la 15 Febr. a. c. referitor la manuale pentru studenţii români în gimnazii de stat. S'a dat, că şi în gimnaziul nostru ar trebui ca manualele de 1. maghiară să fie mai simple, mai scurte, mai concise şi în stil mai uşor.

27 Ian. Nr. 195. În. Minister a luat la cunoştinţă, că dş. Irina Ciortea, crescătoare în internatul nostru rom. de fetiţe, a propus dansul în gimnaziu pe lângă taxă moderată de 5 cor.

în 6 săptămâni elevilor din clasele superioare, cari s'au anunţat voluntar. (198.920—1913).

30 Ian. Nr. 217. Elevele privatiste în gimnaziu nu pot cerceta orele de prelegere — numai la studii demonstrative, dacă ar primi concesiune ministerială (185.344—1913).

La liceul gr. or. din Braşov: Se admite ca şi elevele, cari studiază în particular, să cerceteze prelegerile împreună cu elevii. (Vezi pag. 185).

28 Febr. Nr. 513. Se trimite vizitator ministerial pentru gimnastică d-l Ujhelyi Sándor, inspector general de gimnastică. A şi fost şi a aflat toate în ordine (28.683—2914).

10 Martie. Nr. 622. Ioan Bele, cu 4 clase gimn. şi cu diplomă de învăţător, poate pune examen privat de pe cl. VIII. diferenţial dln cl. I—VII.

11 April. Nr. 931. La examenul de maturitate pe acest an scolastic 1913—14 este trimis de prezident II. Sa d-l Dr. Iosif Siegescu, consilier aulic reg., deputat dietal şi profesor univ. (44.404—1914 minist.)

*

Literatura didactică pentru cursul secundar în general e destul de slabă şi anume din două cauze: multe cărţi sunt traduse din ungureşte în mod servil, iar câte sunt originale, trecându-se foarte anevoie din cauza numărului mic de licee româneşti, se învechesc în câţiva ani.

În toate şcolile secundare din Ungaria se obişnueşte a se ţinea la finea anului examene, iar la sfârşitul cursului liceal, examenul de maturitate (bacalaureatul), acesta din urmă în prezenţa unui delegat al ministrului.

În liceele de stat programa de învăţământ e aproape identică cu cea din şcolile confesionale, cu deosebirea, că în cele dintâi nu figurează şi limba română, decât ca obiect facultativ în unele din ele.

Materiile de învăţământ în liceele româneşti şi ungureşti, sunt astfel împărţite:

Obiectele	Liceul gr. cat. român din Blaj	În şcolile secundare ungureşti
	clasa I—VIII	
	suma totală a orelor predate	
Religia	16	16
Limba română	26	obiect facultativ
„ maghiară	27	30
„ latină	40	49
„ greacă	13	19
„ germană	17	18
Istoria	17	18
Geografia	6	10
Istoria naturală	11	8
Fizica	8	8
Matematica	23	25
Geometria desemnativă	8	10
Filozofia	2	3
Caligrafia	2	2
Gimnastica	12	16
Cântul bisericesc	8	
Totalul orelor	236	232

b) *Incă câteva date despre organizaţia şi activitatea liceelor româneşti sub dominaţia ungară.*

După: Anuarul liceului ortodox român „Andrei Şaguna" din Braşov. Anul jubilar 1924/25. Al 75-lea an şcolar. Publicat de Dr. Iosif Blaga, director. Braşov, 1925,

Prin această lege (art. de lege XXX. din 1883.) se *dă Bisericii noastre ortodoxe române autonome dreptul* să-şi aleagă profesori cvalificaţi după legea statului, că ea „să hotărească limba de predare", scopul general al învăţământului, măsura diferitelor discipline, sistemul de învăţământ, planul de instrucţiune (programa analitică) şi manualele; şi are să aducă acestea, din caz în caz la cunoştinţa Ministerului de Culte şi Instrucţiune publică. Statul cerea ca limba maghiară să se predea în toate clasele secundare; în clasa VII. şi VIII. Istoria literaturii maghiare, în însăşi limba maghiară. Deasemenea se cerea ca studiul istoriei maghiarilor să se predea în clasele IV. şi VIII. (Pag. XVII.)

Şcoalele secundare ortodoxe române din Braşov erau de-

altcum organizate ca şcolile similare ale statului, cu deosebirea, că *limba de predare era cea română* şi că se preda în ele şi limba şi literatura română şi avea toate drepturile, pe cari le aveau şcolile statului.

La examenul de maturitate (bacalaureat) Ministerul de Instrucţie trimitea „comisari" (delegaţi) dintre bărbaţii, în cari avea deplină încredere şi cari ştiau româneşte. Aceştia aveau numai rolul de control şi de protest în afacerile pe cari le găseau incorecte, ori ilegale; ei nici nu semnau vre-un act de examen. Preşidinţia o avea delegatul Consistorului arhidiecezan. (Pag. XVIII.)

In anul 1915/16. războiul mondial fiind în toiul său, acela şi-a avut, se înţelege, reflexia sa şi asupra vieţii şcoalelor noastre. Faptul însuşi, că şcoala noastră era şcoală românească, a deşteptat neîncredere în autorităţile statului. Această neîncredere s'a prezentat şi se prezenta ca justificată apoi prin dovezile date de mulţi elevi dintre cei asentaţi şi chemaţi sub drapel, cari au trecut peste munţi, nevrând să între în serviciul armatei austro-ungare.

In August 1926. declarându-se din partea României război puterilor centrale, pentru întregirea neamului românesc, şcoalele noastre trebuiau să simţească acest mare eveniment istoric şi să reageze în consecinţă. Directorul, profesorii, elevii şi însăşi şcoala s'au pus la dispoziţia autorităţilor militare cu ocaziunea ocupării Braşovului de trupele române. *După retragerea trupelor române din Transilvania, directorul liceului şi al şcoalei reale, Dr. Iosif Blaga, dimpreună cu 10 profesori a trebuit să se retragă şi ei în România* nevrând a-şi mai continua activitatea lor sub regimul întronat aci în urma retragerii armatei române.

In urma situaţiei create, autorităţile şcolare au încredinţat conducerea şcoalelor pe anul 1916/17. dirigentului de ştudii al şcoalei reale, Gheorghe *Chelariu.* Pentru anul următor şcolar 1917/18. autorităţile superioare şcolare au crezut de cuviinţă să declare pe absentul director Dr. Iosif *Blaga* de destituit, tot aşa pe ceilalţi 10 profesori şi să pună la ordinea zilei alegerea unui alt director şi a altor profesori. (Pag. XXIX.)

In Braşov au rămas dintre profesorii liceului şi şcoalei reale numai Gh. *Chelariu,* P. *Percea* şi prof. de gimnastică P. *Roşca.* Gh. Chelariu, delegat de consistorul arhidiecezan cu conducerea liceului şi a şcoalei reale a căutat să reconstruiască

un corp profesoral pentru începerea cursurilor. Profesori noi au fost aleşi doi, au fost rechemaţi în serviciu profesorii pensionaţi doi, au fost chemaţi în ajutor trei profesori. Cu acest corp didactic s'au început lecţiile în cursul inferior în Febr. 1917. Către sfârşitul lui Februarie putându-se redeschide şi clasele cursului superior ale liceului. (Pag. LXIX.)[1]

Tabloul absolvenţilor liceului ort. român din Braşov:[2]

În anul şcolar	1908/909	52		În anul şcolar	1914/915	40	
„ „ „	1909/910	45		„ „ „	1915/916	35	
„ „ „	1910/911	57		„ „ „	1916/917	20	
„ „ „	1911/912	41		„ „ „	1917/918	28	
„ „ „	1912/913	43		„ „ „	1918/919	35	
„ „ „	1913/914	56		„ „ „	(Pag. CXXXI.)		

Cercetăşia la şcoalele noastre. Cercetăşia la şcoalele noastre şi-a luat început în anul şcolar 1912/13. Reorganizarea cercetăşiei în anul 1914. Dorinţa noastră era ca cercetaşii, de acum înainte, să se îndrume în toate lucrările lor, după adevăratele principii cercetăşeşti practicate şi în alte părţi şi mai ales, să facem legătura sufletească cu fraţii din Regatul Român. În scopul acesta am urmărit cu toată atenţiunea şi interesul ce ni-l dicta sentimentul nostru românesc, acţiunea entuziastă ce se pornise şi în Regat şi am căutat, cu tot pericolul la care ne expuneam, să le procur toate scrierile şi publicaţiile comandamentului Marei Legiuni a Cercetaşilor României şi să ne conducem după ele, luând toate precauţiunile să nu fim descoperiţi de spionii oficiali, cari mişunau ca furnicile şi urmăreau cu

[1] Sub dominaţia română, D. *Al. Pteancu*, inspector şcolar din Oradea Mare, prin ordinul telegrafic No. 1139/1921. la 19 Aprilie 1921. — deci la sfârşitul anului şcolar — a închis liceul reformat din Sighetul Marmaţiei, care avea un trecut de 400 ani, sub pretextul că D. Juhász Péter, directorul iceului, în ziua de 14 Februarie a fost arestat într'o afacere de „complot". D. Prie Octaviu, secretar de stat, cu No. 12.943/921. a întărit ordinul de închidere. In acelaş an, la 7 Octomvrie, Curtea Marţială română a achitat pe D. Juhász Péter, cu toate acestea, guvernul român nici până azi nu a aprobat redeschiderea şcoalei ungare cu trecut de 400 ani.

[2] Liceul gr. or. român din Braşov în cei din urmă 10 ani ai dominaţiei ungare a dat diplome de maturitate la 417 elevi români, ceeace ar reveni anual 4107 diplome de maturitate. Sub dominaţia română în toate cele 7 licee ale Bisericii romano-catolice din Ardeal, la sfârşitul anului şcolar 1927/28, nu au primit diplome de baccalaureat decât 39 elevi unguri.

atenţiune toate mişcările noastre... La 2 Februarie 1915 aveam deja 91 cercetaşi, formând din ei 13 patrule.

Cercetaşii Braşoveni au adus cele mai frumoase şi reale servicii armatei şi populaţiei româneşti din Braşov şi jur, în timpul primei ocupaţii româneşti. Deja dela întrarea celor dintâi trupe de ocupaţie în Braşov, cercetaşii s'au pus la dispoziţia lor, oferindu-şi serviciile la toate oficiile. Aşa, la primărie, la poliţie, la poştă şi la toate autorităţile militare. Apoi ajutau pe profesorii lor N. Bogdan, Dr. Stere Stinghe şi C. Papuc cari cei dintâi au depus, aici în Braşov, jurământul de credinţă M. S. R. Ferdinand — la cenzurarea scrisorilor, făcând triarea lor. La poliţie veghiau cu ochi de argus asupra mişcărilor populaţiei străine, ostilă armatei române, şi prinduau şopăcăelile de complotare, cât de prudent şi circumspect ereau ele făcute, şi le descopereau celor încredinţaţi cu supravegherea ordinei publice. La primărie au fost neobosiţi executatori ai ordinelor, în toate serviciile ce li s'au încredinţat. Îmi aduc aminte — scrie D. Dr. Sterie Stinghe — comandantul cohortei „Virgil Oniţiu" şi legiunei „Andrei Mureşeanu" — la excursiile ce le făceam împreună, uneori urmăriţi şi spionaţi de jandarmii unguri, precum şi la pericolul la care m'am expus căutând să-i organizez şi să întreţin legături cu organizaţia cercetaşilor din Regatul Român tocmai în cel mai critic timp, când puterile centrale priveau cu neîncredere neutralitatea României.

La retragerea armatei române cei mai mulţi dintre cercetaşii braşoveni, robiţi de entuziasmul lor învăpăiat, s'au hotărît să-şi părăsească familiile, ori împreună cu acestea să se retragă pe teritoriul Regatului Român. (Pag. LXXXVI—XC.)

S'au împlinit 70 de ani, de când vrednicii reprezentanţi ai Bisericiilor Ortodoxe-române din Piaţa Braşovului şi a Sf. Nicolae din Scheii Braşovului, au pus temelia şcoalelor secundare ortodoxe-române din Braşov. Acest sfânt „Legământ" (actul de fundaţie) ce l'au subscris reprezentanţi celor două biserici româneşti din Braşov în anul 1850 este poate cea mai eclatantă dovadă a spiritului de jertfă... Zeci de ani dearândul, când, fondurile bisericii nu ereau suficente, ei adunau ban cu ban dela parochieni sumele de lipsă pentru plata profesorilor.

Acei vrednici reprezentanţi au respins cu îndârjire în nenumărate rânduri ofertele făcute de guvernul ungar pentru subvenţionarea şcoalelor, căci se temeau, cu drept cuvânt, de pân-

gărirea spiritului naţional, curat românesc ce sălăşluia între zidurile acestor scoale.

Când jertfele băneşti ale parohienilor n'au mai putut acoperi nevoile mereu crescânde ale şcoalelor, s'au adresat Statului român, care le-a sărit în ajutor cu toată bunăvoinţa. Decenii dearândul în budgetul Statului român se găsea o sumă însemnată pentru subvenţionarea liceului român din Braşov. Când situaţia românilor de dincoace de Carpaţi s'a înrăutăţit, când politica de maghiarizare forţată a guvernelor ungare tindea să sufoce toate focularele de cultură şi viaţă românească, guvernul român a dat în mod şi mai intensiv sprijin moral şi material pentru susţinerea luptei cu duşmanul nostru.

Statul român a recunoscut în totdeauna în liceul nostru legătura sufletească dintre Românii de aici şi cei de dincolo şi a ţinut s'o întărească prin toate mijloacele în interesul vital al neamului nostru.

Printr'o regretabilă neprecauţiune întâmplată în anul 1898. în focul luptelor politice din vechiul regat s'a descoperit subvenţionarea şcoalelor noastre din partea Statului român. Ventilarea prin presă a acestei chestiuni a adus cu sine reducerea subvenţiei cu 20.000 lei anual, o sumă de mare importanţă pentru budgetul de atunci al şcoalelor, dar în acelaş timp, mulţumită unor valoroşi bărbăţi politici ai Ţării româneşti, în prima linie D-lui Take Ionescu, s'a aranjat subvenţionarea pe calea diplomatică, prin depunerea unui titlu de rentă la Casa Centrală a Statului ungar din Budapesta. (Pag. CLIX.)

Protopopul Vasile Voina în baza relaţiunilor sale bune cu bărbăţii politici din vechiul regat, cu deosebire cu Take Ionescu, a fost în stare să aducă însemnate subvenţii, nu numai pe seama şcoalelor din Braşov, dar şi pe seama altor şcoli din Transilvania, chemate a întări elementul românesc în părţile sărace şi expuse. Dupăce însă guvernul unguresc a aflat despre aceste subvenţiuni la 1897 a interzis şcoalelor să mai primească ajutorul dela Statul român.

Dovedindu-se însă, în urma unei minuţioase cercetări şi verificări conduse de guvernul unguresc prin comisari de ai săi, de îndreptăţite unele pretenţiuni ale bisericii Sf. Nicolae din Braşov, s'a încheiat la 1900... un acord între Statul unguresc şi Biserică, în baza căruia Biserica avea să primească în folo-

sul şcoalelor o rentă anuală de 38.000 lei dela Statul român. (Pag. CXVIII.)

Nevoile şcoalelor sporeau mereu şi ani de ani bisericile trebuiau să aducă jertfe nouă materiale. S'au făcut toate sforţările posibile până în 1906. când în urma împrejurărilor, se cerea o nouă şi însemnată urcare de salare a corpului didactic. Atunci, Biserica n'a mai putut susţinea lupta cu Statul ungar. Statul român n'a mai putut interveni şi astfel reprezentanţii bisericilor au trebuit să cedeze şi să primească întregirile de salar din partea Statului ungar. Ei s'au îngrădit însă cu tot felul de precauţiuni pentru-ca spiritul tradiţional al şcoalelor noastre să nu fie întru nimic schimbat prin acest ajutor strein. (Pag. CLIX—X.)

Corpul profesoral... Noi Românii aveam cinci şcoale, două ortodoxe, două gr. cat. şi un liceu „Fundaţional"... Era însă totuşi ceva ce-l nemulţumia pe profesorul român: faptul că colegul lui ungur dela şcoalele similare de stat, având aceaşi pregătire, erea mai bine plătit şi avea mai puţine ore de muncă. Prin acest fapt profesorul român erea pus şi în stare de vădită şi simţită inferioritate faţă de colegul său ungur... Însă s'a făcut de către Ministerul Instrucţiunii, *contele Apponyi, la anul 1906. o corectură, care a înlăturat în parte cauzele de supărare.* Prin un regulament al Ministerului s'a normat, ca *toate autorităţile confesionale, susţinătoare de şcoli secundate pot cere fără nici o condiţiune şi fără de a jertfi vre-un drept cu privire la autonomia şcoalelor lor, întregirea salarilor profesorilor lor,* ca aceştia să fie la fel retribuiţi ca profesorii dela şcoalele similare de stat, cari ereau încadraţi în clase şi grade la salarizare... *(Pag. XCIII.)*

Dupăce s'a studiat chestiunea atât de către Eforia şi Delegaţiunile şcolilor, cât şi de către Consistoriul arhidiecezan, care a decis cu No. 10.413 din 30 Oct. 1906. să se primească întregirile „cu rezerva de a putea renunţa la ele oricând" începând cu *1 Iulie 1906. profesorii liceului din Braşov şi ai gimnaziului din Brad au ajuns să primească întregirile ce le da statul.* Chestiunea n'a trecut aşa de uşor prin organizaţiunile şcolare din Braşov. Ea a întâmpinat din partea unor membrii, neguţători, rezistenţă puternică, pe motiv, că guvernul în urma aranjamentului încheiat va exercita o influenţă rea, asupra spiritului şcoalelor.

Din textul deciziunii Ministrului Instrucţiunii, adevărat, nu se putea învedera măsuri menite a ştirbi autonomia şcoalelor, ori a da guvernului drept mai mare de amestec în afacerile noastre şcolare... Adevărul rămâne însă, că ajutorul acordat constituia şi sabia lui Damocle, ţintită contra profesorilor, că aceştia au şi trebuit să simţească, că sabia se poate îndrepta contra lor şi deci drept urmare, că ei trebue să fie cel puţin circumspecţi.

Rămâne însă ca o dovadă puternică *de cinstea şi sentimentul curat al profesorilor faptul, că spiritul şi atmosfera dela şcoalele noastre, ca şi linia de conduită a profesorilor lor, nu s'au schimbat cu nimic în urma întrării în vigoare a măsurilor aplicate pentru întregirea lefurilor personale.* (Pag. XCIV.)

Aceste întregiri dela Stat s'au primit regulat dela guvernele ungare până la toamna anului 1918. D'atunci încoace întregirile de salar le-a dat Statul român. (Pag. CLX.)

Liceul nostru, cu toţi profesorii săi, a trecut şi a fost primit, cu fondul lui de penziuni, în anul 1912, în urma unei regulări între susţinătorii lui şi Stat (fostul Stat ungar) cu toate drepturile la fondul de penzii al Statului. Au şi fost penzionaţi de fostul Stat ungar, în baza acestui aranjament: prof. Andrei Bârseanu, d-na Victoria Oniţiu, soţia fostului director al liceului Virgil Oniţiu şi d-na Elisabeta Nicula, soţia fostului profesor Vasile Nicula.

În aceeaş situaţie se găsesc şi învăţătorii dela şcoala noastră primară ort. rom. din Braşov cu deosebirea, că ei au fost mai de mult trecuţi în cadrul legii de penzii a statului (ungar). (Pag. CLXXV.)

Ceeace constitue — scrie d. Ioan Clinciu, prof. la liceul Lazăr, absolvent al liceului ort. rom. din Braşov în a. 1883 — cu deosebire, caracterul cu totul distinctiv al acestui aşezământ de cultură românească, faţă de alte şcoli secundare, este şi aşezarea lui geografică, lângă vechia graniţă şi aproape de centrul neamului, aşa că la această *alma mater* alergau fiii neamului, din toate părţile locuite de Români... fiind o mai mare libertate în alcătuirea programelor şi predarea materiilor de studii, veniau la Braşov elevi din toate provinciile româneşti, nefiind obligaţi să urmeze cursuri, pe cari nu le credeau necesare, cum era limba maghiară, pentru tinerii din România. Organizarea şcolii corespundea tuturor trebuinţelor şi împrejurărilor, aşa

încât absolvenţii — maturizanţii — puteau să continue fără nici o dificultate studiile universitare, atât în ţară, cât şi în străinătate. (Pag. 43).

c) *Spiritul învăţământului secundar.*

(După: O. Ghibu: Şcoala Românească etc. Pag. 78 — 82).

Ca să se vadă în ce proporţie stau şcolile secundare româneşti faţă de numărul total al acestor şcoli din întreaga ţară, însemnăm aici că în Ungaria sunt pentru cele 20 milioane de locuitori 155 de licee, 28 de gimnazii şi 32 de şcoli reale (licee reale, dintre cari 5 numai cu cursul inferior). Saşii, cari sunt 230.000 la număr, au 4 licee clasice, unul real şi un gimnaziu, iar noi Românii, $3^1/_2$ milioane la număr, avem 4 licee (dintre cari unul mai mult de jumătate unguresc), un gimnaziu şi o şcoală reală cu cursul inferior. Pentru Saşi se vine un liceu la 40.000 de suflete, pentru noi la 700.000.[1]

Se înţelege, că acest număr mic de şcoale nu e suficient pentru Români, câtă vreme pentru Saşi el e mai mult decât suficient. Cei mai mulţi elevi români, din această cauză sunt siliţi deci să cerceteze licee ungureşti. La 1911/12 cercetau şcoale secundare 4256 elevi români (4038 licee, 218 şcoli reale). Dintre aceştia numai 1913 cercetau şcoli româneşti. Cultura, pe care şi-o câştigă elevii noştri în liceele ungureşti, e detestabilă.

„Şcolile ungureşti înzestrează pe elevi numai cu o formă exterioară, care e în limba ungurească, nu şi cu o cultură adevărată, care, cel puţin în şcolile de prin părţile româneşti ale ţării, e greu de găsit". (Dr. O. Ghibu, Viaţa românească. Iaşi, 1910 v. I. pag. 292).

[1]Buletinul Statistic al României 1923. Nr. 2. Pag. 13. Dare de seamă statistică de N. Istrate: Dacă repartizăm locuitorii din Transilvania după naţionalitate, avem următorul tablou:

	1920:	1910:	1900:
Români	2,930.120	2,821.720	2,682.607
Maghiari	1,305.753	1,661.746	1,437.805
Germani	539.427	556.311	571.391

Statistica oficială românească constată în 1920 numărul Maghiarilor în aşa fel, că spre exemplu cu toate că în oraşul Careii-mari, unde conform statisticei din 1910 erau *în total 16.078 locuitori* (5932 rom. cat., 230 luterani, 3500 reformaţi, 7 unitari, 2491 izraeliţi, 3893 gr. cat. şi 25 gr. or.), între cari *15.772 Maghiari*, în statistica oficială română din 1920 nu se aminteşte decât în total 3337 Maghiari. (Vezi: Anuarul Statistic al României 1922. Bucureşti, 1923. Pag. 30—31.)

Şi cultura aceea câtă e, ne e vrăjmaşă. Elevii ies cu un dispreţ pentru trecutul nostru, pentru literatura noastră, pentru viaţa şi pentru viitorul nostru. Mai ales cărţile de istorie din aceste şcoli sunt pline de neadevăruri cu privire la trecutul nostru, aşa ca ele să-l facă pe elevul român să-i fie ruşine, că e Român.

Acestui sistem se datoreşte nivelul scăzut al vieţii sufleteşti a generaţiilor din urmă de intelectuali din Ardeal, precum şi mulţimea românilor renegaţi, care creşte din an, în an. Dacă acest sistem nu va înceta, — şi el nu va înceta, prin guvernanţi ca contele Tisza şi tovarăşii lui, — cultura românească din Ardeal va fi lovită în inima ei şi când Ardealul va fi nimicit sufleteşte, ce se va alege de întreaga Românime?

Ceace am arătat despre literatura de curs primar, întâlnim şi la cea de curs secundar. Aici cele mai multe cărţi nici nu mai sunt măcar prelucrări din ungureşte, ci ele sunt traduse cuvânt de cuvânt din ungureşte. Mai ales cărţile de istorie a Ungariei sunt revoltătoare; ele au în vedere exclusiv numai pe unguri, Istoria Ungariei, după concepţia istoricilor unguri traduşi în româneşte, este istoria ungurilor. Nici un alt neam care a locuit şi locueşte în Ungaria, n'are istorie.

Toate istoriile s'au tradus din ungureşte. Astfel a tradus d. V. Goldiş Istoria Ungariei după L. Mangold, d. Petru Suciu dela Blaj, după Dr. Jászai Rezső (1914.) d. Gh. Vataşan dela Braşov după Varga Otto (1914.) s. a.

Ce cuprind şi în ce spirit sunt scrise aceste cărţi traduse pentru educaţia patriotică a elevilor români, aceasta se va vedea din câteva citate pe cari le dăm aici.

Iată de ex. câteva specime din cartea lui Jászai:

„Românii au imigrat în v. XII-XIII. din Rumelia, de aici numele de Români". (Pag. 275.)

„Strămoşii lui Hunyadi fură chinezi, conducători peste Românii imigraţi din spre Balcani". (97.)

Câteva mostre din cartea lui Herczeg-Farkas, pentru şcolile de fete:

„La 1848. s'a pornit o mişcare între Slovaci la nord, între Români la est şi între Sârbi şi Croaţi la sud, al cărei scop a fost să se rupă acele ţinuturi de către Ungaria şi să se organizeze sub scutul Austriei ca provincii separate. Au păşit apoi

agitatori cari au tulburat sufletul pacinicului popor, silindu-se să deştepte ura împotriva ungurimei". (II. 79.)

„Întâi de toate au agitat naţionalităţile. Românii s'au adunat la Blaj ... şi au anunţat ... că vor rupe anumite părţi din teritoriul ţării, în care să stăpânească naţionalităţile lor. Şi pentru ca să dea o importanţă mai mare hotărârii lor, s'au răsculat îndată şi au început un război civil înfricoşat împotriva ungurimii". (II. 85—86.)

Extraordinar de unde şi cum învaţă copii români în şcolile româneşti istoria neamului lor şi a ţării lor!

Afară de cărţile de istorie s'au tradus şi cele de geografie, Constituţie, Aritmetică, Istorie naturală, Organizaţia şcolară, Igiena. Până şi în cărţile de limba latinească (de Dr. Al. Pteancu şi V. Bighiceanu, Beiuş) s'au întrodus piese de cetire din Istoria Ungariei, pe care elevii trebue să le traducă din româneşte în latineşte!

Cât priveşte elevii noştrii cari cercetează şcoli secundare de stat, învaţă cele mai sfruntate neadevăruri despre noi. Istoria Românilor din Principate, în istoria pe care o învaţă ei, se prezintă ca o serie de trădări mişeleşti a Românilor.

Unde va duce acest sistem, dacă situaţia nu se va schimba radical ?

12. *Şcoalele de comerţ.* (Pag. 149.)

In şcolile superioare de comerţ se întră cu 4 clase de liceu, reale sau civile. Cursul e de trei ani. Programul de studii al şcoalei comerciale greco-ortodoxe române din Braşov e acesta :

	Clasa			
Obiectele	I.	II.	III.	Total
Limba română	3	2	2	7
„ maghiară	3	3	3	9
„ germană	3	3	3	9
„ franceză	3	3	3	9

13. *Şcoale de moşit.*

Sunt 10. La două din ele (Sibiiu şi Cluj) cursurile se predau româneşte pentru elevele române. Eleve: 107. (O. Ghibu: Şcoala Românească etc., pag. 83).

14. *Învăţământul superior.*

a) *Seminarele gr. or. române.* (Pag. 152—154).

Fiecare dieceză ortodoxă îşi are seminarul său, susţinut din mijloace proprii, cu câte un mic ajutor dela stat,[1] însă fără nici un control din partea acestuia.

În biserica ortodoxă sub cuvântul „seminar" trebuesc înţelese două şcoli, cu totul diferite una de alta, având comun însă localul, directorul şi corpul profesoral. Într'o secţie învaţă viitorii preoţi, în cealaltă viitorii învăţători.

În secţia teologică cursul e de trei ani. Limba de propunere e pentru toate materiile, cea românească. La sfârşitul fiecărui an se dau, sub presidenţia unui comisar (delegat) consistorial, examene de fiecare materie. După terminarea cursului teologic absolventul dă şi un examen de calificaţie preoţească, în faţa unei comisii numită de Consistor.

„Teologii" sunt obligaţi de un timp încoace, de când se simte lipsa de învăţători, să urmeze şi şcoala normală. Pe baza legii ei au dreptul de a face examenul de calificaţie învăţătorească, fără a mai fi făcut şi examenele anuale. Astfel teologii ies din seminare deodată cu două diplome. În seminarele din Arad (1822) şi Caransebeş (1895) se poate întra şi cu 6 sau 7 clase de liceu sau cu şcoala normală.

b) *Seminarele greco-catolice.* (Pag. 154).

Şi în acestea se întră cu 8 clase, respective cu examenul de maturitate. Cursul e de patru ani.

Programul de studii se deosebeşte de al seminariilor ortodoxe prin faptul, că studiilor de limba română şi celor pedagogice nu li se dă aşa de mare importanţă, ci prevalează, cu desăvârşire cele teologice.

[1] Dr. E. R. Roşca: Monografia Institutului Seminarial Teologic-Pedagogic Andreian al Arhidiecezei gr. or. române din Transilvania, Sibiu, 1911. Pag. 249—251: pentru ca elevii cari au isprăvit cursurile teologice să poată urma cursurile academice au infiinţat patru burse, fiecare de 500 florinţi. Cu aceste burse ale Statului ungar şi-au urmat ştudiile în străinătate, de multe ori chiar în vechiul regat; Dr. Onisifor Ghibu (1905, filozofie), Nicolae Regman (1904, filozofie), George Tulbure (1902, filozofie), Lazar Triteanu (1898, filozofie), Iosif Enescu (1896, filozofie), Niedea Vataşan (1892, filozofie), Miron E. Cristea (1890, filozofie), Iosif Blaga (1887, filozofie) etc.

Limba de predare în seminarul din Blaj (1754) şi Oradea mare (1914) e cea românească, în cel din Gherla cea latină. Româneşte se fac în acest din urmă numai unele cursuri, mai secundare.

(În seminarele româneşti guvernul deocamdată nu se amestecă. Ele sunt singurele şcoli româneşti, în cari autonomia bisericilor se respectă. Dar nu va trece mult şi Statul, care întregeşte salarele preoţilor (congrua), consecvent principiilor sale, se va amesteca şi aci, întâi prin întroducerea limbei maghiare, care azi nu se predă, apoi prin întroducerea spiritului unguresc. Şi în locul unei pregătiri pentru împărăţia lui Dumnezeu, vom avea şi în seminarii mijloace pentru pregătire pe seama — imperialismului maghiar. — O. Ghibu, Şcoala Românească, etc. Pag. 84).[1]

c) *Universităţile.* (Pag. 155—158.)

În Ungaria sunt 4 universităţi. La universitatea din Budapesta este şi o catedră de limba şi literatura română, precum şi un docent de limba română. O astfel de catedră există şi la Cluj. Odată se pusese în vedere, că la Universitatea din Cluj, înfiinţată la 1872, cursurile vor fi paritetice, adecă în două limbi, ungureşte şi româneşte, dar promisiunea nu s'a împlinit. O universitate românească în Ungaria ar fi o necesitate inexorabilă, dar de aşa ceva Ungurii nu vor nici să audă măcar.

[1] Apoi guvernul român a şi întrodus limba română dela 1. III. 1922 în seminarul unguresc reformat şi unitar din Cluj cu ordinul ministeriului de culte No. 6046 din 1922. 10. 11.

(Va urma).

Pétition des Ruthènes en Tchécoslovaquie concernant l'autonomie de la Russie subcarpathique.

(Suivre.)

I. — INSTRUCTION.

Dans les écoles primaires, primaires supérieures et secondaires de la Ruthénie, l'enseignement est donné en ruthène, mais l'administration scolaire est tout à fait entre les mains tchèques depuis neuf ans déjà. C'est ce qui explique les séparatistes ukrainiens, venus de la Galicie et de la Bukovine, ont réussi à imposer leurs vues dans les affaires de l'instruction publique et qu'ils ont prescrit l'usage de grammaires et de manuels, écrits dans la langue artificielle de la Galicie et incompréhensibles aux Ruthènes, alors que, en matière d'instruction, le peuple ruthène devrait jouir de la parfaite autonomie. Les directeurs des écoles primaires supérieures sont pour la plupart tchèques, et les professeurs en majeure partie Ukrainiens de Galicie. Des trois gymnases ruthènes, deux (Užhorod, se trouvent entièrement entre les mains ukrainiennes.

La politique de tchéquisation est inaugurée sur le terrain de l'instruction primaire depuis 1926; actuellement il existe 95 écoles primaires tchèques de l'État, avec des instituteurs tchèques, avec la langue tchèpue, dans les villages ruthènes. Ce fait suffit seul pour trahir et marquer le but de la politique scolaire en Russie subcarpathique.

L'institution d'écoles élémentaires d'État de langue tchèque, presque exclusivement dans les communes ruthènes, a pour but de rendre tchèque le territoire autonome ruthène, autrement dit, cela sert la dénationalisation; la statistique ci-dessous le justifie.

Au cours des années scolaires 1926—1928 le gouvernement de Prague a ouvert environ cent écoles populaires d'État de langues tchèques. Tandis que pendant les années 1919—1925 l'administration scolaire — qui sur le territoire autonome ruthène est entre les mains de fonctionnaires tchèques — a institué des écoles de langue tchèque seulement dans les communes, où les Tchèques s'étaient établis en masse et où il y avait suffisamment des enfants obligés à fréquenter l'école, au

cours des années 1926—1928 on a organisé des écoles tchèques, dans des communes, où il n'y avait pas assez d'enfants tchèques, où en général, il n'y a pas d'enfants tchèques devant fréquenter l'école. Dans de telles communes, on a obligé les parents ruthènes juifs et hongrois, en mettant de côté l'école ruthène ou hongroise de faire inscrire leurs enfants à l'école tchèque.

Actuellement en Russie subcarpathique il n'y a que 2 écoles tchèques dans lesquelles tous les élèves sont tchèques (Antalovci, Batyucolonia). Dans neuf écoles les élèves tchèques forment la majorité, par contre dans cinq écoles tchèques tous les élèves sont juifs, dans une école allemande (Mokra), dans 48 écoles tchèques 70—98%, des élèves sont de nationalité juive, dans 18 écoles tchèques il n'y a aucun élève tchèque.

Le nombre des enfants tchèques obligés de fréquenter l'école est actuellement 2624. Pendant le premier semestre de l'année 1928 le nombre total des élèves des écoles primaires tchèques était de 5131, dont 20 et $^1/_2$% était de nationalité tchèque, 65% juive, 7 et $^1/_2$% hongroise, 3% ruthène, 3% allemande.

Tandis que dans environ 100 écoles populaires tchèques en 1928, 170 instituteurs tchèques environ ont enseigné, un instituteur tchèque a en moyenne 30 élèves, tandis que 732 instituteurs ruthènes ont chacun en moyenne 80 élèves, dans certains cas plus de 100, réciproquement dans une école populaire tchèque, il n'y a que 17—25 élèves pour un instituteur tchèque.

En Russie subcarpathique il y a encore actuellement aussi 20 communes ruthènes, dans lesquelles il n'y a pas d'école, parce qu'elles ont été annulées pendant la guerre mondiale et dans d'innombrables communes l'école est vide, parce que l'état ne se soucie pas d'instituteurs, ou l'école existante ne peut pas donner asile au grand nombre d'élèves. C'est un fait attristant, qu'actuellement 17.400 enfants ruthènes devant fréquenter l'école ne sont pas enseignés et que le Gouvernement de Prague, au lieu de songer à compléter le corps d'instituteurs russes et d'ouvrir de nouvelles écoles et de nouvelles classes, institue en masse des écoles tchèques, pour y placer le superflu des instituteurs tchèques, d'autre part, qu'il contraint dans les écoles tchèques les enfants, qui ne sont pas de nationalité tchèque, pour les rendre tchèques, car la langue d'enseignement de ces écoles tchèques est exclusivement le tchèque.

En Russie subcarpathique 3 écoles normales russes (ruthènes) d'instituteurs à Užhorod, à Moukacevo et à Presov et une école normale russe (ruthène) d'instituteurs à Užhorod, élèvent des instituteurs russes (Ruthènes). Le manque complet d'instituteurs exigerait que ces écoles normales russes lâchent de leur sein le plus d'instituteurs possible. Si l'administration scolaire en Russie subcarpathique était entre les mains d'organes autonomes, on songerait certainement à ce que ces 4 écoles normales d'instituteurs élèvent le plus d'instituteurs possible. Mais sous la direction scolaire tchèque d'aujourd'hui, c'est justement le contraire qui se passe. Notamment le gouvernement tchèque a imposé par décret le *numerus clausus* dans les écoles normales d'instituteurs, leur interdisant d'admettre plus de 30—40 candidats instituteurs dans les cours annuels.

Voilà la politique scolaire tchèque à suppléer le manque d'instituteurs autochtones par des instituteurs tchèques et le manque d'écoles par l'institution d'écoles tchèques. Tandis que pour 2600 enfants tchèques obligés de fréquenter l'école, jusqu'ici près de 100 écoles tchèques ont été instituées, pour 76.000 enfants russes (ruthènes) devant fréquenter l'école, il n'y a que 732 instituteurs ruthènes et presque 18.000 enfants ruthènes ne peuvent fréquenter l'école. Le Vice-Gouverneur dans son décret N° 34645 du 1er mai 1928 a invité les directions des écoles d'État tchécoslovaque, qu'elles lui annoncent en un mois le nom des instituteurs tchécoslovaques qui désirent servir dans des écoles russes subcarpathiques. D'après ce décret le gouvernement emploiera des instituteurs tchèques dans les écoles russes, à partir du mois de septembre 1928.

Il nous est superflu de citer d'autres motifs et faits pour justifier l'évidente politique tchèque de dénationalisation dans la province autonome russe. Pour contrebalancer et faire cesser ceci il n'y a pas d'autre moyen que la réalisation immédiate de l'autonomie de la Province Russe subcarpathique. Une des principales bases fondamentales de cette autonomie est sans doute l'indépendance de l'affaire des écoles, qui ne doit être tchèque, ni de Prague, mais exercée par des organes autonomes.

La dénationalisation des écoles ne consiste pas seulement en instituant en masse des écoles tchèques et en leur administration tchèque, mais aussi en favorisant artificiellement un vé-

ritable chaos de langues, qui règne déjà depuis neuf ans en Russie subcarpathique. Le Traité de Saint-Germain et la Charte de constitution ont déclaré l'affaire des écoles: affaire autonome, malgré cela le Gouvernement central de Prague a mis de côté en Russie subcarpathique, l'exercice développé encore sous le régime hongrois, selon lequel, le peuple ruthène pendant des siècles a employé les livres d'école russe et la grammaire russe, rédigée sur la base de la langue littéraire universelle russe; au lieu de cela il impose aux écoles ruthènes et au corps d'enseignement des livres et une grammaire écrits en un mélange de langues galicienne-polonaise-ukrainienne, que la majorité du peuple ruthène n'est pas disposée à accepter, elle ne permet pas de gâter sa langue maternelle par un mélange de dialecte galicien. De ce contraste se développe sous l'administration tchécoslovaque, le chaos de langues, dont la politique de dénationalisation forge un capital pour ses propres buts, elle argumente par là une plus grande partie des ruthènes de la Russie subcarpathique s'attache à la langue littéraire russe, tandis que l'autre, plus petite partie désire le dialecte de la langue ukrainienne, elle rejette les deux orientations et tâche de fabriquer une langue spéciale russe subcarpathique „laquelle rapproche la langue russe à la tchèque et dresse une tour aussi bien contre l'orientation russe comme contre l'orientation ukrainienne". Puisque l'affaire de langue est exclusivement le droit autonome du peuple russe-subcarpathique, il est le seul compétent à décider de la langue des écoles, de l'ortographe, de la grammaire des livres d'enseignement et non le Gouvernement de Prague.

A Užhorod, capitale de la Ruthénie, où la population ne comprenait pas d'élément tchèque avant 1919, il y a aujourd'hui six mille Tchèques (sans compter la garnison) qui ont leur gymnase, leurs écoles primaires supérieures pour garçons et pour filles et leurs écoles primaires et qui naturellement jouissent de la plus grande bienveillance de la part du gouvernement tchécoslovaque. Les instituteurs tchèques ont une association nationale, ils bénéficient de l'appui de la „Matice" tchèque, ils sont les enfants gâtés du gouvernement de Prague. Si la politique scolaire actuelle continue, l'instruction publique sera bientôt purement tchèque en Ruthénie, à moins que l'autonomie ruthène ne soit organisée sans délai. Fait caractéristique, la langue

tchèque a été introduite comme langue officielle dans l'administration scolaire aussi, notamment en janvier dernier.

II. — ADMINISTRATION.

A la tête de ce qu'on appelle l'administration ruthène autonome, nous trouvons le vicegouverneur tchèque, subordonné directement au ministère de l'intérieur de Prague. Tous les référendaires (sauf celui des affaires ecclésiastiques) sont tchèques dans l'administration centrale d'Užhorod, et le personnel des bureaux est tchèque dans la proportion de 90%. Le préfet est tchèque (Dr. Jech), le personnel de la préfecture se compose surtout de Tchèques. Les chefs d'arrondissement, à l'exception de cinq, sont des Tchèques, les notaires des communes et des arrondissements, le personnel nombreux de l'administration fiscale (5 directions de finances, une direction générale, bureaux de perception, bureaux de douane, service de l'octroi, gendarmerie, service forestier, chemins de fer, postes, etc.) compte des Tchèques dans la proportion de 80 à 98%. Dans l'administration de la justice, les choses sont tout à fait pareilles. Même les plantons des bureaux de l'État, des départements et des arrondissements sont pour la plupart des Tchèques.

Cette armée de fonctionnaires tchèques a pu être amenée parce que la Russie subcarpathique ne jouit toujours pas de l'autonomie, parce que le territoire des Ruthènes n'a pu faire usage de ses enfants dans l'admission aux emplois publics. Au contraire, le peuple ruthène a dû supporter que beaucoup de ses enfants valeureux fussent évincés, congédiés ou mis à la retraite.

Il sort des trois gymnases ruthènes tous les ans une foule de jeunes bacheliers ruthènes, les universités et écoles techniques tchèques pourvoient de diplôme des jeunes gens ruthènes dont le nombre grandit chaque année, mais ni les uns ni les autres ne sont assurés de trouver quelque emploi dans leur propre pays, sur le territoire autonome des Ruthènes, car toutes les places créées provisoirement dans l'administration ont été transformées par la loi en emplois définitifs et les fonctionnaires tchécoslovaques chargés provisoirement de ces emplois ont été nommés définitivement. Ainsi, pour une génération, les jeunes gens ruthènes sont exclus des emplois publics et on espère à

Prague qu'à l'époque où la prochaine génération fera son entrée dans la vie, la tchèquisation sera accomplie.

C'est pour y arriver que l'organisation de l'autonomie ruthène subit toujours de nouveaux retards. En effet, une fois l'autonomie mise en vigueur, la Diète et l'administration autonomes ne manqueraient pas d'exiger qu'une partie au moins des milliers de fonctionnaires tchèques, envoyés en Ruthénie sans le consentement et même contrairement à la volonté des Ruthènes, quittent leurs postes pour être remplacés par des Ruthènes et autres habitants originaires du territoire autonome.

Si nous prenons en considération le fait que l'immense appareil administratif expédie les affaires en tchèque, emploie le tchèque dans ses relations avec la population qui, elle, ne comprend pas le tchèque, nous n'avons que trop de raisons de craindre l'avenir réservé au peuple ruthène. *Periculum in mora.* Le retard apporté à l'organisation de l'autonomie du territoire des Ruthènes implique le plus grand danger et pour le présent et pour l'avenir du peuple ruthène.

La politique tchèque suivie depuis neuf ans constitue une illustration frappante des méthodes qu'il ne faut pas appliquer envers un peuple, et la preuve qu'un peuple faible ne jouit de sécurité aux côtés d'un peuple fort que s'il est protégé par une autonomie nationale effective et large.

L'absolutisme gouvernemental qu'a dû subir le peuple ruthène a montré aussi que le respect du droit ayant comme seule garantie la fraternité slave n'est qu'un mot sentimental vide de sens.

III. — SITUATION ÉCONOMIQUE.

Nous ne voulons pas nous occuper ici en détail de la situation économique de la Ruthénie, le cadre de ce mémorandum ne le permettrait pas; nous nous bornerons à faire remarquer que ce territoire dont les conditions topographiques ralentissaient toujours le progrès économique et condamnaient la population à la pauvreté, a été le théâtre des opérations militaires pendant la longue guerre mondiale. Après la guerre, ce territoire couvrant environ 13.000 kilomètres carrés (longueur 320 km., largeur variant entre 100 et 150 km.) s'est vu enserré par trois États successeurs de l'ancienne monnarchie (Pologne, Roumanie, Hongrie). Pendant des siècles, toute sa vie économique, le cou-

rant des échanges le reliaient à la Galicie et à la Plaine hongroise. L'année 1919 apporta un changement brusque. Les frontières nouvelles, les lourdes taxes douanières, les prohibitions d'importation imposèrent à la Russie subcarpathique la nécessité de diriger les courants économiques vers l'ouest, la Slovaquie et Prague, et d'y chercher les marchandises dont elle avait besoin. Or, la Slovaquie constitue un territoire économique du même genre que la Ruthénie; elle n'a pas besoin des produits de la Ruthénie; d'un autre côté, la Bohême, la Moravie et la Silésie sont éloignées à mille et plus de kilomètres et, en l'absence de réductions tarifaires, ne peuvent pas acheter les produits ruthènes et doivent vendre leurs produits à elles à des prix élevés. Nous sommes convaincus que le développement du commerce et de l'industrie de la Russie subcarpathique suppose la suppression des barrières douanières entre les États successeurs nés du démembrement de la monarchie austro-hongroise.

*

Le peuple ruthène est agriculteur dans la proportion de 90%; ses terres sont petites, comprises généralement entre 1 et 5 hectares. Les habitants sont, pour la plupart, montagnards. La propriété foncière est très inégalement répartie. La superficie totale de la propriété foncière est de 1.267.243 hectares, dont 30% appartiennent à l'État, 20% aux grands et moyens propriétaires, 25% aux communes, aux communautés et aux Églises, de sorte que les petits cultivateurs n'ont que 25% à leur disposition.

L'État tchécoslovaque a prélevé, à titre de réforme agraire, 260.115 hectares sur les grandes propriétés en Ruthénie; cependant les lots distribués aux petit cultivateurs ne montaient en tout qu'à 19.000 hectares à la fin de l'année 1927. La disproportion qui avait régné fut donc réduite très peu. Or, la première et indispensable condition du relèvement économique du peuple ruthène consiste à lui assurer la terre absolument nécessaire à l'existence matérielle. L'industrie agricole et les grandes manufactures sont trop faibles pour doter de travail la population insuffisamment lotie ou pour absorber les éléments sans terre.

Nous prenons acte des déclarations du gouvernement tchécoslovaque désireus d'améliorer la situation économique; nous reconnaissons qu'il a de bonnes intentions quoiqu'il se soit toujours arrêté aux déclarations; mais nous devons insister sur la

nécessité de venir en aide au peuple ruthène souffrant d'une crise économique aigüe par des mesures efficaces, économiques et sociales. Il nous est impossible de ne pas relever qu'au cours de l'exécution de la réforme agraire, plusieurs milliers d'hectares dans la plaine furent attribués à des colons et à des propriétaires moyens tchéques, alors que 90% des cultivateurs ruthènes qui demandaient de la terre n'ont rien reçu.

Si la Russie subcarpathique avait joui de l'autonomie promise, nul doute que les neuf années écoulées auraient apporté une amélioration sensible sur le terrain économique. En effet, les peuples comme les individus ont plus d'entrain et de goût au travail s'ils sont maitres chez eux, s'ils se savent abandonnés à leur propre iniative, s'ils ont à choisir les buts et les moyens.

Notre conviction intime est qu'avec l'autonomie réalisée sans délai, la petite Ruthènie verra ses forces décuplées et tout son être renaître à une existence nouvelle; dans l'air libre de l'autonomie, ses enfants se sentiront affranchis de l'oppression de se savoir en tutelle.

Nous rejetons absolument la thèse du gouvernement tchécoslovaque affirmant qu' „il faut commencer par le relèvement économique et intellectuel du peuple ruthène; l'autonomie ne pourra venir qu'aprés". Cette thèse ne contient aucune parcelle de vérité; au contraire, nous sommes convaincus que le développement économique et intellectuel est subordenné à la liberté apportée par l'autonomie et que c'est l'autonomie qui accélèrera le progrès. La population du territoire ruthène ne consentira les sacrifices pécuniaires, exigés par le développement économique et intellectuel, que si elle en contrôle l'emploi par la diète et l'administration autonomes.

M. Edouard Benes, l'illustre ministre tchécoslovaque des affaires étrangères, ancien président du Conseil tchécoslovaque, constate avec beaucoup de justesse dans une de ses études qu'un des fléaux dont la Russie subcarpathique doit souffrir consiste dans les luttes inaugurées par les partis politiques qui ont apporté en Russie subcarpathique leur mentalité spéciale et qui ont fini par diviser le peuple ruthène. Or, toute manifestation de la vie politique devrait avoir ses racines dans le sol même du pays.

C'est tout à fait notre avis aussi, à nous autonomistes ruthènes; c'est pourquoi nous réclamons pour notre peuple et

pour notre patrie les droits attachés au sol ruthène et garantis par le traité de Saint-Germain-en-Laye et par la constitution de l'État tchécoslovaque.

Cette lutte pour le droit doit être menée en Ruthènie contre les partis politiques tchéques implantés et contre la terreur des autorités tchèques qui les soutiennent. Il est tragique que le peuple ruthène, combattant pour l'autonomie sur le terrain constitutionnel, se heurte à la résistance des 40,000 Tchèques qui ont envahi son territoire pour occuper des emplois dans l'administration, l'industrie, le commerce, qui se sont groupés dans des partis politiques et qui, soutenus par les autorités, cherchent à faire croire par la presse que la lutte pour l'autonomie est un attentat contre l'État.

Le parti agraire tchèque, actuellement le parti le plus puissant au parlement de Prague, a créé avec le vice-gouverneur tchèque à sa tète, un véritable absolutisme de parti en Ruthènie. Toute l'administration est mise au service de cet absolutisme. Lorsque, en février 1927 et au congrès de juin, le Conseil National Ruthène et les partis politiques qui y sont représentés ont protesté contre l'injuste loi n^{0} 125 qui refondait l'administration, le parti agraire tchèque et le vice-gouverneur firent subir aux membres du Conseil National une véritable persécution. La presse du parti agraire tchèque cherche à présenter l'action ruthène pour l'autonomie comme un mouvement hostile à l'État.

A l'occasion des élections communales d'octobre 1927, tout le personnel administratif, dévoué au parti agraire tchèque, les notaires de commune et d'arrondissement, les chefs d'arrondissement et la préfecture, ont déployé la plus grande terreur pour combattre surtout le parti autonomiste national, l'Union des cultivateurs autonomistes. Les réunions électorales des autonomistes furent défendues ou dissoutes sans motif valable, les autonomistes euxmêmes frappés d'amendes, les listes de candidature jetées en masse, les scrutins falsifiés. Les fonctionnaires tchèques étaient ouvertement agents électoraux et abusaient de leurs pouvoirs officiels pour travailler contre l'autonomie non encore née et pour assurer la victoire du parti agraire tchèque, hostile à l'autonomie, sur le territoire de la République autonome en droit. Ce sont surtout le parti agraire tchèque et le parti populiste tchèque, allié du premier, qui proclament la nécessité de l'ajournement sine die de l'autonomie et qui, pour arriver à leurs

fins, s'efforcent de dénaturer la volonté populaire en Ruthènie et d'étouffer le mouvement national autonomiste.

La politique tchèquisante et centralisatrice est allée le plus loin dans les deux dernières années. Les pionniers tchèques, venus après la signature du traité sous le prétexte de „libérer le peuple ruthène", acquirent en neuf ans la domination sur le territoire autonome ruthène. Ils s'emparèrent de tous les emplois publics, de toutes les institutions, des écoles, de la terre, de l'industrie, du commerce; ils imposèrent l'emploi obligatoire du tchèque sur toute la ligne; en un mot, ils voulurent transformer en tchèque le territoire autonome des Ruthènes. Au lieu d'organiser l'autonomie, ils introduisent par une loi inconstitutionnelle le nouvel ordre administratif régularisant par là la politique gouvernementale suivie depuis neuf ans et cherchant à lui assurer la stabilité pour un temps indéfini. Dans ses déclarations au parlement, le gouvernement de Prague n'a su fixer „même approximativement" le moment où il voudra faire de l'autonomie une réalité.

*

Les faits exposés dans le présent mémorandum prouvent que la politique appliquée par le gouvernement tchècoslovaque pendant neuf ans en Russie subcarpathique n'était point tendue à remplir les obligations que l'État tchécoslovaque avait assumées par le traité de Saint-Germain-en-Laye et par la constitution, et que la condition sous laquelle la Ruthènie s'est unie à l'État tchécoslovaque n'est toujours pas satisfaite. L'ajournement indéfini de l'autonomie fait perdre au peuple ruthène toute foi aux traités et à la constitution. Puisque les demandes, les protestations, les mémorandums adréssés au gouvernement de la République par le Conseil national ruthène, par les députés élus en Ruthénie, par le gouverneur de la Ruthénie sont restés sans effet, nous nous voyons contraints à nous adresser à la Société des Nations pour défendre l'intérêt national et l'avenir du peuple ruthène auquel il a été reconnu le droit à l'autonomie la plus large.

Nous agissons de la sorte en parfaite loyauté envers l'État tchécoslovaque, convaincus que nous servons ainsi à la fois l'intérêt de la Ruthénie et celui de la République tchécoslovaque. La Société des Nations qui, depuis dix ans, veille á l'exécution des traités, ne saurait tolérer que les dispositions du traité de

Saint-Germain-en-Laye, relatives à la défense de l'intérêt national et des droits du peuple ruthène, n'ont toujours pas été mises à exécution. En incorporant le territiore des Ruthènes à l'État tchécoslovaque sur la base du droit du peuple ruthène à disposer de lui-même, et en fixant les conditions de cette incorporation, notamment l'organisation de l'autonomie territoriale par l'État tchécoslovaque, le traité n'a prévu aucun délai pour la réalisation de l'autonomie. Par conséquent, le gouvernement tchècoslovaque n'est nullement fondé à se donner un délai de dix ans ou plus pour organiser l'autonomie du territoire ruthène.

Au commencement de ce mémorandum, j'ai pris la liberté d'insister sur le caractère urgent de l'intervention.

Comme motifs, j'ai l'honneur de rappeler les faits suivants:

Lorsque le peuple ruthène proclama en 1919 son union avec la République tchécoslovaque, il n'y avait pas d'unanimité, loin de là. On sait en effet qu'à cette époque révolutionnaire, trois conseils ruthènes étaient fondés: à Prjasova, à Uzhorod et à Hust. Le Conseil de Prjasova opina pour l'union avec la Tchécoslovaquie, le Conseil de Hust pencha pour l'union avec l'Ukraine et le Conseil d'Uzhorod vota le rattachement à la Hongrie.

L'accord a été établi plus tard, en faveur de la Tchécoslovaquie, lorsque M. Zatkovič informa le Conseil national central, assemblé en réunion plénière, que le Conseil national ruthène d'Amérique avait conclu avec M. le Président de la République, Masaryk, un accord aux termes duquel la Réqublique tchécoslovaque assure au territoire des Ruthènes „l'autonomie la plus large" garantie aussi par les Puissances alliées et associés.

Les délégués présents au Conseil National central ont ainsi accepté l'union avec la Tchécoslovaquie, mais le peuple n'y fut pas naturellement gagné tout d'un coup. Le peuple ruthène se tenait sur l'expectative pour voir ce que feront les frères tchèques.

Voyant que l'autonomie, prescrite par le traité et garantie par les Puissances, comme condition de l'union avec la Tchécoslovaquie, tardait à se réaliser, le peuple devenait mécontent et regardait finalement avec haine non seulement le gouvernement de Prague, mais la nation tchèque ellemême, car il attribuait à l'union tous les maux et toute la misère dont il avait à souffrir. Aujourd'hui, l'opinion publique voudrait de tout excepté d'être gouverné par les Tchèques. Le peuple se souvient que pour le

timbrage, Son argent était pris par les fonctionnaires tchèques, que la réforme agraire n'a guère profité aux Ruthènes mais d'autant plus aux Tchèques, que les emplois publics étaient comme réservés aux jeunes gens tchèques, que ses enfants devaient et doivent apprendre le tchèque, et que pour régler une affaire avec les autorités il faut savoir le tchèque. L'impôt est plus lourd qu'autrefois sous le rég me hongrois, et gagner sa vie est plus difficile car le paysan ne peut plus descender dans la plaine hongroise pour moissonner. Le chômage s'étend, et la démocratie consiste à voter deux fois l'an après avoir entunde des promesses mirobolantes. De là, la haine pour tout ce qui est tchèque et le désir de faire revenir le temps passé ou quelque chose de nouveau, même au prix d'une alliance avec le diable ou avec le bolchévisme.

Notre peuple n'est point bolchéviste; s'il a adhéré au parti bolchéviste, c'est parce pue les Soviets ont promis monts et merveilles pour le cas d'un rattachement à l'Ukraine. Mais le peuple consentirait à devenir grand-russe, hongrois, tout ce qu'on veut, pourvu qu'on l'aide dans sa misère. Il a confiance en tout le monde, excepté dans le gouvernement actuel. On avait beau organiser tous les ans des élections depuis 1923; les partis gouvernementaux tchéques n'ont jamais réuni plus de 35% des votes, malgré la plus grande terreur et malgré l'appui des Juifs toujours favorables au gouvernement. Sans les Juifs, à peine 20% des votes ont été pour le gouvernement.

Les faits que nous venons de rapporter cachent un péril européen et peuvent faire naître des complications internationales.

Trois ou quatre irrédentismes ont pris racine dans l'âme ruthène; ils ne prendront pas corps seulement si l'autonomie est réalisé le plus vite et le plus complètement possible et si l'autonomie apporte au peuple la possibilité de gagner sa vie, avec la tranquillité et la paix auxquelles il aspire.

Je recommande à la bienveillante attention et au sentiment de justice du Conseil de la Société des Nations l'avenir du territoire ruthène et je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma plus haute considération.

IVAN KURTYÁK,

Député au Parlement Tchécoslovapue.

(Fédération Agraire Autonome de la Russie subcarpathique)
Hust (Russie Subcarpathique)

CUPRINSUL — SOMMAIRE — INHALT:

Seite

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes. Von Dr. Leo Epstein 1, 46, 89, 137, 168, 211

Convenţia încheiată între România şi Iugoslavia, cu privire la regulamentarea şcoalelor primare minoritare româneşti din Iugoslavia 9

Sir W. Dickinson et les minorités nationales en Europe 12

Die Assimilation des Szatmárgebietes. Von Cogitator 13, 78 98, 173, 244, 329, 354

Wilfan. Von Dr. Elemér Jakabffy 28

Le fléchissement de la culture intellectuelle et le problème du bilinguisme. De R. Bovet-Grisel 32

La Presse mondiale et les manifestations des étudiants en Transyilvanie 35

Suntem oare iredentişti? Ce-i cu apropierea româno maghiară? De Dr. Iosif Willer 41

„Der kulturelle Staat" (Statul cultural). Von Dr. Erwin Pick 57

Mulţumită d-lui Anghelescu. De Aurel Váradi 66

L'Union des Associations pour la Société des Nations et les Minorités Nationales 68

Chestia învăţământului secundar în România. Discursul d-lui Iosif Willer, rostit în şedinţa Camerei din 13 Martie 85

Pétition du „Deutscher Volksbund" de la Haute Silésie polonaise concernant la création d'une école primaire dans le district scolaire de Biertutowy 107

Äusserungem zum Kultusgesetz im rumänischen Senat 109

Zwiespaltige Mentalität. Ein Beitrag zur Charakteristik der nationalen Krise. Von Dr. Ewald Ammende 121

Chestia cultelor în România. Discursul d-lui Elemér Gyárfás în Senat la 21 Martie 1928 125

Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen über die deutsche Frage in Ungarn 144

Observări la constatarea cea mai nouă a d-lui Alex. Vaida. De Dr. Elemér Jakabffy 150

Seite

Die erste grosse Zusammenkunft des Ungartums mit seinen Stammesverwandten nach dreitausend Jahren. Von Dr. Stephan v. Csekey 155
Reflexii la solia Principesei Cantacuzino 161
Sans colère? N'est-ce pas? De Irena P. Gulácsy 162
Affaire relative aux écoles minoritaires allemandes en Haute-Silésie polonaise 186
La Roumanie, État polyglotte. (Communication du Hebdomadaire „Le Cri des peuples", No. 1) 191
Două declaraţii. De Dr. Elemér Jakabffy 201
Das System der direkten Steuern Rumäniens als ein Kampfmittel der minderheitsfelndlichen Politik. Von Dr. Ladislaus Fritz 202
The Catolic Times şi L'Indépendance Roumaine 210
Die Ungarn in der Weltwanderung. Ein statistischer Ueberblick. Vom Univ.-Dozenten Dr. Imre Ferenczi 219
Minorités en Roumanie 226
Der oberschlesische Schulstreit und das ungarländische Minderheitenrecht. Von Dr. Georg Oszvald 231
Die Union der Völkerbundligen und der ungarische Völkerbundliga-Verein Rumäniens 238
Un discours de M. de Brouckère. Sur la protection des minorités 240
Reflexii la depunerea jurământului Episcopului unitar. De Aurel Váradi 241
Numai spre a nu fi luaţi în seamă! De Desideriu Teleky 251
Den Kompetenten zur gefälligen Beachtung 255
Der Lösung der deutschungarischen Frage entgegen. Von Jakob Bleyer 256
Denkschrift der Bulgarischen Friedens- und Völkerbunds-Vereinigung über die Lage der bulgarischen Minderheiten in der südlichen Dobrudscha 261
Die tschechischen und ugarischen Protestanten in der Vergangenheit 289
Bulletin publié par l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations. Pour une Commission Permanente des Minorités 294
Der vierte Kongress der organisierten Nationalminderheiten 297

Seite

Reflexii la constatarea d-lui ministru Stelian Popescu. De Dr. Elemér Jakabffy 299
Die Reden der Delegierten der ungarischen Minderheiten am Genfer Minderheitenkongress 301
Viaţa şi organizaţia bisericii şi şcolii româneşti din Transilvania şi Ungaria sub dominaţia ungară. Date culese din sursele româneşti 321, 362, 418
Kundgebung der Vertreter der National-Minderheiten Rumäniens in Genf 336
Noul guvern şi minorităţile Naţionale. De Dr. Elemér Jakabffy 337
Die Tschecho-Slowakei und das Minderheitenproblem. Zur zehnten Jahreswende der Fünfvölkerrepublik. Von Dr. G. A. Késmárki 338, 409
Pétition des Ruthènes en Tchécoslovaquie concernant l'autonomie de la Russie subcarpathique 378, 434
Gesetz über Änderung der Nationalität 394
Prima manifestare a Partidului Maghiar în noul Parlament. Declaraţia d-lui Bethlen la Mesaj 401
Einiges über den Minderheitenblock. Von Dr. Elemér Jakabffy 402

Bücher und Zeitschriften.

Minderheitenrecht als Völkerrecht. Von Dr. Carl Georg Bruns 83
Unsere Bibliografie. (Jakob Robinson: Das Minoritätenproblem und seine Literatur.) Von Dr. Elemér Jakabffy 85
Dr. Ross: Politik und Gewaltpolitik in Elsass-Lothringen. Von Dr. Erwin Pick. — Hebdomadaire: Le Cri des peuples 196
Dr. Stephan v. Csekey: Die Verfassungsentwicklung Estlands. 1918—1928 395

Statistische Mitteilungen.

Câţi Români sunt în Banatul sârbesc? 39

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.